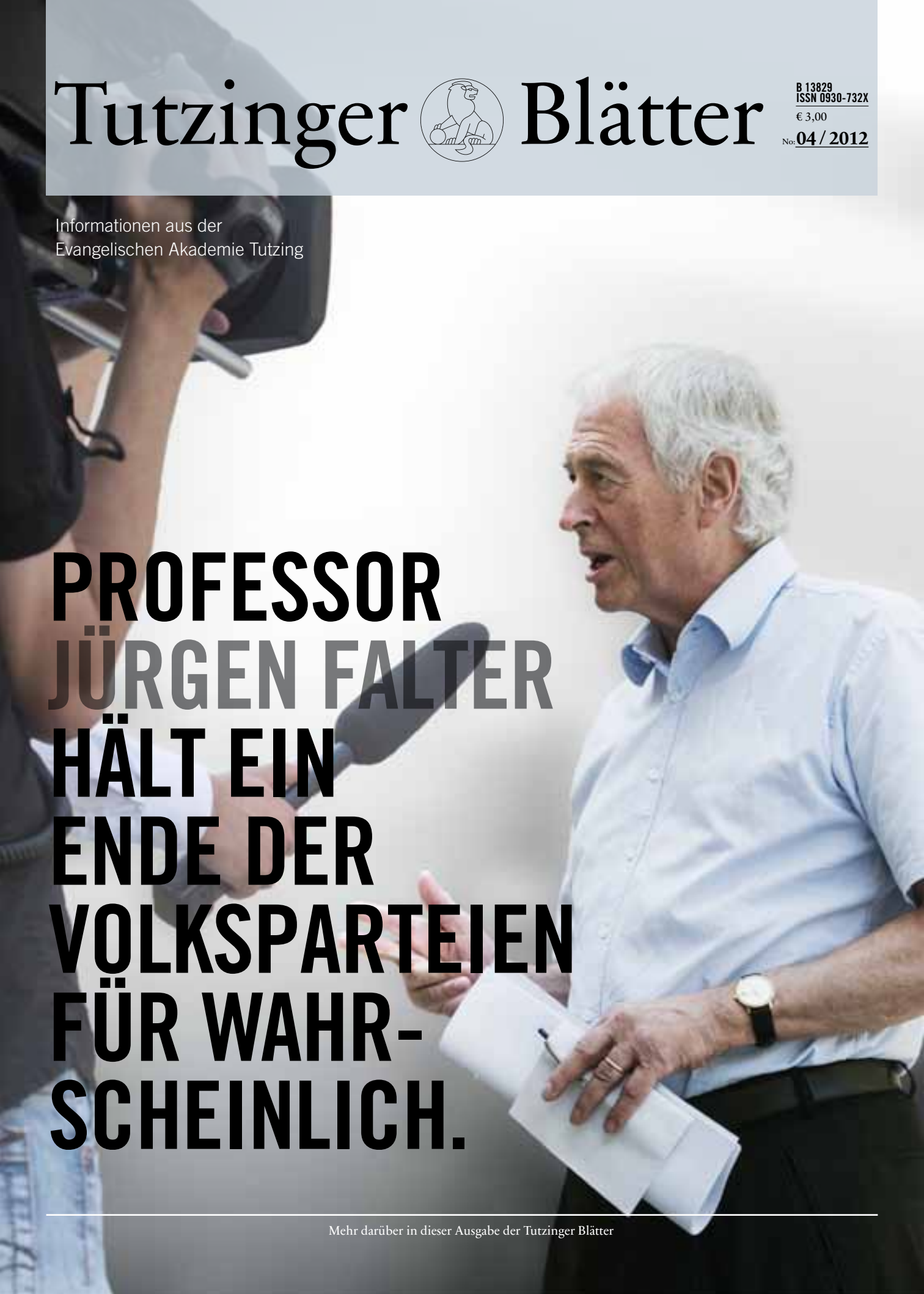
Tutzinger Blätter

B 13829
ISSN 0930-732X
€ 3,00
No: 04 / 2012

Informationen aus der
Evangelischen Akademie Tutzing



PROFESSOR JÜRGEN FALTER HÄLT EIN ENDE DER VOLKSPARTEIEN FÜR WAHR-SCHEINLICH.

Mehr darüber in dieser Ausgabe der Tutzinger Blätter

Inhalt

Die Zukunft der Parteien
Mitglieder- und Wählerschwund, geringe Wahlbeteiligung, unklare Koalitionsaussagen und keine festen Wählermilieus mehr. Auf der Sommertagung des Politischen Clubs wurde über die Zukunft der großen Volksparteien kontrovers diskutiert.
> Mehr darüber auf Seite 2

KulturRadio
In den vergangenen 20 Jahren haben die Kultur- und Informationsprogramme der ARD ihre Zuhörerschaft verdoppelt. Was KulturRadio leistet und wie es klingt, konnten Tagungsgäste in der Akademie jetzt hautnah erleben.
> Mehr darüber auf Seite 15

Literatur. Zensur. Verfolgung
„Gut ist es, die freien Gedanken zu kennen. Ratsam ist es, entzündliche Gedanken präventiv zu löschen. Wünschenswert ist es, ihre Formulierung zu unterbinden." Gedanken von *Gert Heidenreich* über die Geistesfreiheit des Individuums
> auf Seite 18

volXklang – Musik / Kultur / Region – Ein Rückblick
Es war ein buntes und vielstimmiges Musikereignis, das die Besucher des Festivals „volXklang" im Schlosspark der Akademie erwartete. Fotoimpressionen und ein Bericht von Kulturredakteur *Markus Springer*
> auf Seite 20

2 Die Zukunft der Parteien
Sommertagung des Politischen Clubs
Jürgen Falter: Das Ende der Volksparteien?
Christine Haderthauer: Die Zukunft der Parteien: Die CSU
Ulrich Müller: Die Zukunft der Parteien: Die CDU
Susanne Breit-Keßler: Erwartungen der evangelischen Kirche an die Parteien

12 Die Gesellschaft erfindet sich neu
Ulrike Haerendel: Die Gesellschaft erfindet sich neu – oder reformiert sie sich nur?

15 KulturRadio: Perspektiven und Potentiale
Johannes Grotzky: Was heißt hier eigentlich Kulturradio?

18 Literatur. Zensur. Verfolgung
Gert Heidenreich: „Sire, Geben Sie Gedankenfreiheit!" Vermutungen über die Macht des Wortes.

20 volXklang – Musik · Kultur · Region – Ein Rückblick
Markus Springer: Schwarzfahrer der Volksmusik

25 Transformateure – Akteure der Großen Transformation
Das 12-Punkte-Programm, um den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu senken

28 In eigener Sache
- ARD-Kommissar *Andreas Hoppe* liest aus seinem Buch
- Das erste „Frauenmahl" an der Akademie
- Staatsministerin *Emilia Müller* enthüllte Südafrika-Gedenktafel

30 Freundeskreis
Brigitte König: Reformation und Musik
Hans-Joachim König: Nachruf. Trauer um Siegfried Hännl

32 Impressum
Veranstaltungskalender

34 Andacht
Frank Kittelberger: Der Augenblick ist mein

Foto Titel: Haist // Foto (li.): 1 und 2: Haist, / Fotos 3: privat / 4: Haist // Foto (re.) Udo Hahn: Mrozek

Akademiedirektor *Udo Hahn*

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es war ein besonderer Augenblick, als das Kollegium der Evangelischen Akademie Tutzing Anfang Oktober zu seiner Programmklausur zusammentrat: Das Team der Studienleiterschaft ist wieder vollzählig! Mehr als ein Jahr hat es gedauert, drei vakante Positionen zu besetzen. Die Richtigen zu finden, das ist keine leichte Aufgabe. Mit mir als Direktor ist die Hälfte des Teams, das die Inhalte bestimmt, neu. Die Neuen werden noch lange „die Neuen" bleiben. Und sie werden vieles in Frage stellen und sich mit Antworten wie „das haben wir immer so gemacht" nicht zufrieden geben. Die Altgedienten werden dazulernen und zugleich mit ihrer Erfahrung helfen, die sinnvollen Ideen zu identifizieren und umzusetzen.

Hanna-Lena Neuser, Politikwissenschaftlerin und Erwachsenenbildnerin, hat am 1. September das Kollegium komplettiert. Sie übernimmt das „Junge Forum". Die 15- bis 35-Jährigen sind die Zielgruppe, die mit unterschiedlichen Themenangeboten angesprochen werden soll. Zusammen mit *Judith Stumptner*, die sich den Bereichen Kunst, Kultur, Bildungspolitik und Pädagogik widmet, wird sie den Auftritt der Akademie in den sozialen Netzwerken gestalten. Pfarrer *Frank Kittelberger* begleitet alle Fragen rund um Medizin- und Bioethik, Gesundheitspolitik und Spiritual Care. Dr. *Ulrike Haerendel* ist stellvertretende Direktorin der Akademie und für Soziales, Familie, Geschlechter- und Generationenthemen zuständig. Dr. *Martin Held* – Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung – darf aufgrund seiner langen Zugehörigkeit als Gedächtnis des Tagungsbetriebs gelten. Und er zählt zu den bundes- und europaweit gefragten Experten in seinem Aufgabenfeld. Pfarrer Dr. *Jochen Wagner* kennt jede ernst zu nehmende theologische und philosophische Neuerscheinung auf dem Büchermarkt: Theologie und Gesellschaft, Interreligiöser Dialog, Philosophie sind seine Schwerpunkte. Schließlich Dr. *Axel Schwanebeck*, Medienwissenschaftler – er ist das Gesicht der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Akademie und Kommunikator unserer Arbeit. Theologie, Politik, Ökumene und Medien – darum kümmert sich der Unterzeichnende. Als freie Mitarbeiter kommen hinzu: Prof. Dr. *Renate Jost*, Feministische Theologe, und Ministerpräsident a. D. Dr. *Günther Beckstein*, Leiter des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing – unterstützt von *Christian Taubenberger*. – Einem solchen Team vorstehen zu dürfen, das macht Freude!

Und wann dürfen wir Sie in unserer Denkwerkstatt begrüßen?
Ihr Udo Hahn

Sommertagung des Politischen Clubs

DIE ZUKUNFT DER PARTEIEN

Vorüber sind die Zeiten, als im Deutschen Bundestag noch CDU und CSU sowie die SPD und FDP über die Politik in der Bundesrepublik entschieden. 1983 zogen die Grünen in den Bundestag ein, 1990 folgte die PDS. Inzwischen legten auch die Freien Wähler und die Piratenpartei in der Gunst der Wähler zu. Hingegen schwächelt die FDP. Ist die deutsche Parteiendemokratie am Ende?

Im kommenden Jahr finden die Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag statt. Wie es um die Zukunft des deutschen Parteienspektrums bestellt ist, erörterten Politiker, Parteienforscher und Journalisten auf der Sommertagung des Politischen Clubs. Lesen Sie nachfolgend Auszüge aus den Vorträgen von Parteienforscher Prof. Dr. *Jürgen Falter*, **Institut für Politikwissenschaft an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, sowie von der bayerischen Arbeitsministerin** *Christine Haderthauer* (**CSU**) **und von dem baden-württembergischen Staatsminister a.D.** *Ulrich Müller* (**CDU**) **als auch von der Regionalbischöfin für München und Oberbayern,** *Susanne Breit-Keßler*:

Jürgen Falter:

Das Ende der Volksparteien?

Die ersten Volksparteien waren, cum grano salis, in der Weimarer Republik das katholische Zentrum für den katholischen Volksteil und die DNVP für den evangelischen Bevölkerungsteil. Das „Z" vereinigte Katholiken aller Regionen und Stände, Städter und Landbewohner, Arbeiter, Angestellte und Selbständige, Bauern und Beamte unter dem einigenden Dach des politischen Katholizismus. Die NSDAP war dann die erste richtige Volkspartei, nämlich eine schicht- und konfessionsübergreifende Massenintegrationsbewegung mit dem Ziel der Stimmenmaximierung, eine Bewegung, die ihre Wahlpropaganda virtuos den jeweiligen Adressaten anpasste.

Sinkende Wahlbeteiligung und schrumpfende Mitgliederzahlen

Die Nachkriegsentwicklung war dann eine Entwicklung hin zur Volkspartei im Sinne des Wortes. Erst die Union, dann, nach Godesberg, auch die SPD. Inzwischen werden sogar die GRÜNEN als Volkspartei neuen Typs gehandelt. Bis 1961 gab es den Trend zur Konzentration, zum Zweieinhalb-Parteiensystem. Anfang der 70er Jahre stimmten über 90% der Wähler für Union oder SPD. Den Rest der in die Mandatsberechnung gelangenden Stimmen sahnte die FDP ab. Ab Mitte der 70er Jahre beginnt die Entwicklung, die uns zu unserem heutigen Thema angeregt hat: Die Wahlbeteiligung geht langsam, aber nahezu unaufhaltsam zurück auf heute nur noch 70% bei Bundestagswahlen, typischerweise 50-60% bei Landtagswahlen, und nur noch wenig über 40% bei Kommunal- und Europawahlen. Gleichzeitig schrumpft die Mitgliederzahl der Parteien. Seit 1990 gibt es die Halbierung der Mitgliederzahlen von ehemals über 1 Mio. auf nur noch 500.000 bei CDU und SPD. Nahezu im Gleichklang befindet sich auch die Halbierung der Wählerschaft der Volksparteien. Mittlerweile bringen Union und SPD nur noch gut die Hälfte der Wähler bei einer Bundestagswahl hinter sich. Bezogen auf die Wahlberechtigten sind es weniger als 40%, die hinter den beiden ehemals großen Volksparteien stehen. Selbst die einst so stolze CSU erreichte bei den letzten Landtagswahlen nur noch 25% der bayerischen Wahlberechtigten! Die baden-württembergische CDU kam bei den zurückliegenden Landtagswahlen sogar auf geringfügig mehr, nämlich auf rund 26% der Wahlberechtigten, landete aber bekanntlich in der Opposition.

„Die derzeitige Parteienlandschaft in Deutschland kann die Politikverdrossenheit befeuern", erklärte der Parteienforscher Prof. Dr. ***Jürgen Falter*** und ergänzte: „Früher war mit meiner Stimme klar, wofür ich votiere. Heute wissen die Menschen nicht mehr, welche Koalition sie am Ende mit ihrer Wahl unterstützen. Das hat bedrohliche Konsequenzen für die Stimmung im Land."

CSU-Generalsekretär ***Alexander Dobrindt*** stellte fest: „Eine Gesellschaft ohne Regierende gibt es nicht." Doch müsse es mehr Bürgerbeteiligung und Teilhabe geben. „Daran wird sich ausmachen, ob die Parteiendemokratie noch eine Zukunft hat."

Was sind die Ursachen?

Die Ursachen sind ausgesprochen vielfältig und bewegen sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Es gibt interne und externe Ursachen, solche, auf die man Einfluss nehmen kann, und solche, die Folge säkularer Trends sind, auf die man als Partei oder Politiker zwar reagieren kann, die man aber nicht in ihrem Lauf aufhalten kann. Lassen Sie mich mit den letzteren beginnen, das sind die analytisch interessanteren. Sie sind verbunden mit so unheilvoll inflationären Schlagworten wie Individualisierung und Globalisierung.

Zum Stichwort Globalisierung

Durch nationale Politik sind Finanzkapital und Großkonzerne nicht mehr in gleichem Maße steuerbar wie früher. Selbst heute, nach der Weltfinanzkrise, gelingt es nicht, bindende internationale Verabredungen zur Regulierung der Weltfinanzmärkte zu treffen! Diese Entgrenzung und internationale Verflechtung gilt für viele, bald wohl die meisten Bereiche, für die großen Banken, Versicherungen, die Großindustrie, die gesamte Kommunikationsbranche und immer stärker auch für die mittelständische Industrie. Hier fehlen der Politik bisher die Instrumente; nationalstaatliche ziehen immer weniger, transnationale, supranationale sind noch nicht in ausreichendem Maße entwickelt oder sie weisen, wie im Falle der EU, erhebliche Legitimationsdefizite auf. Solange die nationalen Parteien und die Politik aber so tun, als bewegten wir uns noch in den guten alten Zeiten, als alles machbar erschien, solange dieser Omnipotenzanspruch bei gleichzeitig immer geringeren Einwirkungsmöglichkeiten noch erhoben wird, sind Enttäuschungen der Bürger programmiert, entsteht Resignation, Zweifel an der Lösungskompetenz aller Parteien und damit der Keim diffuser Systemkritik. Das ist keine ungefährliche Entwicklung.

Zum Stichwort Individualisierung

Gleichzeitig bricht den Parteien ein Teil ihrer Basis weg! Schuld daran ist die sogenannte Individualisierung der Gesellschaft. Das Schlagwort beschreibt die Folgen des Aufbrechens kollektiver Orga-

Fotos: Haist

nisationsformen, des Abschmelzens der alten soziokulturellen Milieus. Begleiterscheinung ist eine partielle Entpolitisierung, Politik ist in der Rangfolge der Güter ziemlich weit unten anzutreffen, weit nach Gesundheit, Familie, Beruf, Auto, Freundeskreis. Ein dauerhaftes Engagement, etwa die Mitgliedschaft in einer Partei, wird durch andere, nur zeitweilige Engagementformen ersetzt, etwa die Teilnahme an Bürgerinitiativen. Das schlägt sich für die Parteien in einem Abschmelzen der Stammwählerschaft nieder. Der moderne Wähler ist mobiler geworden. Es gibt heute viel mehr potentielle Wechselwähler als früher, und die Bundestagswahl 1998 war die erste, wo sich dieses seit Jahren schon angewachsene Potential erstmals in großen Wählerwanderungen niederschlug, vor allem von den Unionsparteien zur SPD. Es ist unverkennbar: Die Ausschläge der öffentlichen Meinung werden stärker, die Wähler wetterwendischer, Wahlausgänge unvorhersehbarer.

„Junge Leute haben keine Lust mehr, sich mit den hierarchischen Entscheidungsstrukturen innerhalb der Parteien zufrieden zu geben", konstatierte die Generalsekretärin der Bayern-SPD, ***Natascha Kohnen***.

Das Wegschmelzen traditioneller Milieus

Ganz und gar unbestreitbar ist, dass SPD wie Unionsparteien das sie jeweils tragende Milieu weggebrochen ist. Soziale und v.a. geographische Mobilität, die Schaffung einer bundesweiten Kommunikationsgemeinschaft durch das Fernsehen sowie die rasante Bildungsexpansion haben zu nachlassenden Bindungen an die Milieunormen geführt, zu einem Exodus aus den Milieus mit beträchtlichen Folgen für die politische Landschaft.

Aus dem Humus dieser Milieus entspross der Parteinachwuchs, der mittlerweile immer schwieriger zu gewinnen ist. Einmal, weil die Humusdecke erschreckend dünn geworden ist, zum anderen, weil ein die gesamte Gesellschaft durchziehender Mentalitätswandel dazu geführt hat, dass immer weniger Menschen sich auf Dauer in Großorganisationen wie den Parteien, aber auch den Gewerkschaften und den Kirchen engagieren wollen. Union und SPD merken das in ausgesprochen schmerzhafter Weise. Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative „ja", in einer Partei „nein".

Dadurch entstand in den letzten drei Jahrzehnten eine denkbar günstige Situation für die Etablierung neuer Parteien, vor allem am Rand des politischen Spektrums. Das macht Wahlvoraussagen riskanter, die Regierungsbildung sehr viel schwieriger. Der Zwang zu Großen Koalitionen oder Dreierkoalitionen oder zu Minderheitsregierungen unter Duldung durch einen stillschweigenden Bettgenossen sind geradezu impliziert.

Den Parteien bröselt ihre einst relativ feste Wählerbasis allmählich weg, es gibt mehr potentielle und tatsächliche Wechselwähler, und die reagieren viel stärker auf kurzfristige Politik- und Personalangebote, sie sind schneller enttäuscht, wankelmütiger, als das die Wähler der fünfziger bis siebziger Jahre waren. Noch stärker gilt das für jüngere Wähler, vor allem für die ganz jungen, die aus der Erlebnisgeneration. Die FDP erfährt es derzeit schmerzlich am eigenen

Während die anderen Parteien ihre eigene Zukunft eher skeptisch einschätzten, sah Freie-Wähler-Chef ***Hubert Aiwanger*** die Zukunft der eigenen Partei eher rosig: „Ich glaube bei den Freien Wählern an ein Ergebnis von 15 Prozent bei den Landtagswahlen 2013."

Leibe, die SPD hat es 2009 erfahren und sich noch nicht wieder richtig davon erholt. Naturgemäß spielen gerade für diese kürzerfristigen Einflussfaktoren die Medien eine überaus wichtige Rolle. Sie bestimmen die Themenwahl, den Bekanntheitsgrad und das Image der Politiker inzwischen in erheblichem Maße mit.

Problematisch: nicht vorhersehbare Koalitionen

Wohl kaum etwas produziert mehr Politikverdrossenheit als die Tatsache, dass die Bürger nicht wissen, welche Koalition sie letztendlich mit ihrer Stimme ins Amt bringen. Die weitaus meisten Wähler von SPD und Union wollten 2005 alles mögliche andere, aber keine Grosse Koalition! Das führt zu der heftig kritisierten, deswegen aber nicht minder zutreffenden Müntefering-Aussage, dass die Parteien nicht daran gemessen werden dürften, was sie vor der Wahl versprechen, denn da tun sie alle so, als würden sie künftig alleine regieren. Täten Sie es, könnte man sie in der Tat beim Wort nehmen. In vorher nicht festgelegten, oft noch nicht einmal

Fotos: Haist

prognostizierbaren Koalitionskonstellationen ist eine Eins-zu-Eins-Entsprechung von Worten und Taten nicht möglich, verschwimmen die Verantwortlichkeiten. Dagegen helfen könnte nur entweder ein Wahlsystem nach angelsächsischem Muster, das im Normalfall regierungsfähige Mehrheiten für eine Partei garantiert. Oder, wenn man den Preis, dass die kleinen Parteien von der politischen Bildfläche verschwinden, nicht zahlen will, ein Wahlsystem, das zumindest für klarere Mehrheiten sorgt als das jetzige, beispielsweise das französische Mehrheitswahlsystem mit zwei Wahlgängen oder das sogenannte Grabenwahlsystem. Denkbar wäre auch ein Wahlsystem, in dem man mit der Erst- oder Zweitstimme eine verbindliche erste und/oder zweite Koalitionspräferenz äußert. Damit wäre ein großer Schritt hin zu größerer Kohärenz der Politik und eine höhere Verbindlichkeit von Wahlversprechungen getan.

FDP-Landesgruppenchef ***Wolfgang Meierhofer*** wies darauf hin, dass Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie für die Parteien große Probleme mit sich brächten: „Die Bürger haben widersprüchliche Meinungen und Erwartungen, die die Parteien gar nicht alle gleichzeitig erfüllen können."

Eine Renaissance der Volksparteien?

Lassen sich die Volksparteien so erneuern, dass man wieder von echten Volksparteien sprechen kann? Ist Bewahrung möglich? Aus dem bisher Gesagten können Sie entnehmen, dass ich es dafür für zu spät halte. Der Zug ist abgefahren: Die Milieus sind weg, unwiederbringlich, an neuen Milieus hat sich bestenfalls eine Art grün-alternatives Milieu in den Universitätsstädten entwickelt. Es gibt aber keinerlei Anzeichen, dass sich die beiden klassischen Milieus, das katholisch-ländliche bzw. –kleinstädtische und das gewerkschaftlich organisierte Arbeitermilieu wieder herstellen ließen. Damit fehlt den Parteien die soziale Basis, aus der sie ihre frühere Stärke zogen. Was allerdings möglich erscheint ist der Versuch, gemeinwohlorientierte Politik für möglichst viele zu betreiben, in einer zugleich diffuser und heterogener gewordenen Gesellschaft dürfte das jedoch nicht sehr erfolgsversprechend sein. Stimmen maximieren wollen (fast) alle Parteien, mittlerweile auch die GRÜNEN.

Brauchen wir überhaupt Volksparteien?

Ich bin der Überzeugung, dass die Existenz von klassenübergreifenden Volksparteien moderierend wirkt, dass viele Konflikte dadurch gemildert werden, indem sie bereits parteiintern ausdiskutiert werden. Volksparteien liefern der Politik Berechenbarkeit, Mäßigung, Kompromissfähigkeit. Insofern halte ich es für keine gute Entwicklung, dass die ehemals so stolzen Volksparteien CDU und SPD nur noch Schattenbilder ihrer einstigen Größe darstellen.

Lässt sich das Rad der Geschichte denn gar nicht mehr zurückdrehen? Müssen wir mit der Unüberschaubarkeit eines höchst volatilen Mehrparteiensystems mit all seinen geschilderten Nachteilen leben? Mit der Gefahr ständig anwachsender Politikverdrossenheit, die irgendwann durchaus auch in Systemabkehr umschlagen könnte? Ich glaube, es gibt nur einen Weg, wieder zum Typus der früheren Volkspartei zurückzukehren, und das ist der der institutionellen Veränderungen, einer Reform unseres Wahlsystems hin zu stärker mehrheitsbildenden Elementen. So wenig das derzeit durchsetzbar erscheint, so wichtig wäre es, hier keine Denkverbotstafeln aufzustellen. Wichtiger als das Wohl einzelner kleinerer Parteien erscheint mir das Wohl des Ganzen, die Erhaltung des demokratischen Systems.

Der Landesvorsitzende der bayerischen Piratenpartei, ***Stefan Körner***, kritisierte das Vorgehen der Bundesregierung bei der Vorratsdatenspeicherung und Internet-Sicherheit. „Das Internet ist heute die Basis aller Kommunikation. Wir haben das Recht, zu kommunizieren, ohne dass dies überwacht wird." Und im Hinblick auf die Zukunft seiner eigenen Partei stellte *Körner* fest: „Wir sind eine junge Partei. Wir müssen das alles erstmal ausprobieren. Wir brauchen Zeit. Aber wir sind da, und wir werden bleiben."

Staatsministerin
Christine Haderthauer, MdL

Die Zukunft der Parteien: Die CSU

Die CSU zeichnet aus, dass sie über Jahrzehnte absolute Mehrheiten und sogar heutzutage noch stabile Werte zwischen 45% und 50% bringt. Sie finden heute keine Partei mehr bundes- und europaweit, die dieses Ergebnis schafft. Aber auch die CSU steht in einem veränderten Rahmen: Parteien müssen heute ganz anders und neu um ihr Vertrauenspotential kämpfen. Ihre Legitimation als zentraler Ort der politischen Meinungsbildung ist in Zeiten der medialen Vielfalt nicht mehr selbstverständlich. Ihre besondere Rolle in der parlamentarischen Demokratie wird von der Gesellschaft vielfach nicht mehr akzeptiert. Das hat zunächst nichts mit Politikverdrossenheit zu tun, sondern sehr viel mehr mit veränderten Verhältnissen zu gesellschaftlichen Strukturen, zu Hierarchie, Autorität, und großen Organisationen. Wir erleben ähnliches auch bei Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und der Kirche. Auch sie kämpfen mit dem gleichen Phänomen. Dazu tragen vor allem die zunehmende Individualisierung unserer Gesellschaft bei und eine Medienlandschaft, die sich durch die Digitalisierung fundamental verändert hat.

„Parteien müssen heute ganz anders und neu um ihre Legitimation kämpfen, sie sind nicht mehr so selbstverständlich in der Bevölkerung akzeptiert", erklärte die bayerische Sozialministerin ***Christine Haderthauer*** (CSU). Als Gründe benannte sie: die Individualisierung der Gesellschaft und die Veränderung der Medienlandschaft.

Politik ist Kommunikation

Wie können Parteien wieder eine natürliche Legitimation erringen? Ich glaube, die wichtigste Leistung ist, die Kommunikation mit Bevölkerung, Medien, Verbänden erfolgreich zu bewältigen, zu gestalten. In der Politik ist jeder Satz, jede Äußerung und jeder Teil deiner Arbeit sofort öffentlich interpretierbar. Das heißt, Politik ist Kommunikation, auch im Frühstadium von Entscheidungen. Es gibt heute keine Chance, etwas lange „im Geheimen, hinter verschlossenen Türen, intern" vorzubereiten. Man muss fähig und bereit sein, mit unterschiedlichen Meinungen auch innerhalb einer Partei umzugehen. Deshalb kommt es auf die Ergebnisse, aber auch auf den offenen, transparenten Stil der Diskussion an. Im Endeffekt zählt aber das, was man tut. Ankündigungen, Sprüche, flotte Bemerkungen gehören dazu in der Mediengesellschaft. Aber das allein reicht nie und nimmer. Ich denke, das fällt einem, zwar nicht sofort, aber nach einiger Zeit auf die Füße. Immer dann, wenn leeres Gerede für Bürger offenbar wird, tut sich Politik insgesamt noch schwerer mit ihrer Legitimation.

Politik ist Dialog und Führung

Eine der Kernkompetenzen für Politik ist „wissen, was ist". Wie funktioniert das Leben? Wie fühlt sich das an vor Ort? Da hat die CSU einen Vorteil, weil wir einfach die größte Dichte an Orts- und Kreisverbänden und an Abgeordneten haben, die mit den Menschen und den Themen vor Ort konfrontiert sind.

Aber wir müssen auch sagen können, „was". Über das „sagen was ist" bekommt man überhaupt erst eine bestimmte Beziehungsebene, eine Kommunikationsebene. Damit ist der Weg eröffnet über das, was man machen will, zu sprechen, über Ziele und Maßnahmen. Wer Politik darauf reduziert, eigentlich nur immer das zu machen, was die Mehrheit gut findet, hat am wenigsten Kommunikationsaufwand, denn er nimmt die Herausforderung zu überzeugen nicht auf sich. Das kann man ad absurdum führen, indem man möglichst zu jedem Thema kurzfristige Stimmungsumfragen macht und das Ergebnis in Politik umsetzt. Eine Partei, die so agiert, würde sich letztlich von einem Teil ihrer Legitimation verabschieden, der Organisation der Meinungsbildung, der politischen Führungsaufgabe. Wenn man aber Richtung angeben, Weichen stellen und Einstellungsänderungen bewirken will, braucht man den Dialog mit den Menschen. Die freiheitliche Demokratie braucht aktive Parteien, die Richtung erarbeiten und anbieten, nicht nur Allfälliges adaptieren.

Überzeugungsarbeit leisten

Wie überzeugt man? Nicht alleine über die Sachebene. Das funktioniert in der Medienwelt von heute kaum noch. Sachargumente allein genügen nicht, wenn die Wahrnehmungsschwellen immer höher und die Sachverhalte immer komplexer werden. Letztlich läuft sehr viel über Vertrauen, über die Beziehungsebene. Deshalb kommt es auf die Glaubwürdigkeit von Politikern und Parteien stark an. Auch die Tatsache, dass existentielle Sachfragen im Grunde gelöst sind und der Trend immer mehr in Richtung Konsensgesellschaft geht, trägt zu dieser Verlagerung bei. Wir sind natürlich durch eine lange Zeit gegangen, wo das „sagen, was ist" und „das machen wir", genügt hat. Das war zwar eher Verkündungspolitik, aber es hat über die Jahrzehnte hinweg Erfolge gebracht und funktioniert. Damals hatten Politiker auch mangels anderer Konkurrenz in der „Meinungsmache" auch noch eine andere öffentliche Durchdringung. So hat die CSU vielleicht kollektiv das stete Bemühen, die Menschen zu überzeugen, vernachlässigt. Wir hatten es vielleicht zu lange nicht

Foto: Haist

nötig. „Zu gute" Wahlergebnisse führen eben zu einer Schwächung der Einsatz- und Dialogbereitschaft und damit zu weniger Standvermögen, wenn Gegenwind kommt. Das merken wir seit 2003.

Veränderungen spüren

Wir haben jetzt eine Leitgeneration, die andere Erfahrungen und Einstellungen hat als die Generation unserer Eltern. Die Leitgeneration, die jetzt tonangebend ist, das sind die Babyboomer, geboren zwischen 1955 und 1970, das sind wir. Unsere Generation ist auf den Positionen der Entscheider angekommen, wir haben Macht, Gestaltungsmacht, Meinungsmacht. Wir sind aber ganz anders aufgewachsen als die Generation vor uns. Als wir auf die Welt kamen, da gab es schon moderne Schulen, gut ausgebaute Straßen, die Infrastruktur hat funktioniert. Das heißt: Wir sind relativ satt ohne Existenzängste aufgewachsen. Wir haben damals auch noch unbefristete Arbeitsverträge bekommen. Wir kommen aus einer Zeit, in der Gehälter noch ganz gut gereicht haben, um erst einmal eine Familie aufzubauen, in der man nicht sofort zwei Gehälter brauchte, um sich die erste Wohnung leisten zu können. Wir kommen aus einer Zeit, in der es noch nicht üblich war, dreimal im Jahr in den Urlaub zu fliegen. Das heißt: Wir hatten mehr Sicherheit und gleichzeitig auch noch nicht diesen Druck des Lebensstandards, den heute viele junge Leute haben.

Wachstum und Lebensqualität

Eine so aufgewachsene Generation hat zu dem Thema „Wachstum" nicht mehr das ungetrübt positive Verhältnis wie die Nachkriegsgeneration. Es stellen sich Fragen nach der Balance, dem Preis des Wachstums, der Ökologie und der Lebensqualität. Es könnte sein, dass die heutige Leitgeneration sagt: „Wieso brauchen wir denn noch mehr Wachstum. Es ist doch alles schon so proper." Das ist ein Problem für eine Volkspartei, die ihre Erfolge darüber erzielt hat, dass sie Bayern nach oben gebracht hat. Wir stehen für Wachstum wie keine andere Partei. Das ist ein Teil unserer Identifikation.

Lebensqualität des einzelnen und die Qualität einer Gesellschaft wird heute eben nicht mehr nur daran gemessen, wer die besten Beschäftigungszahlen und die höchsten Gehälter hat. Zunehmend bildet sich eine Grundmeinung die heißt: „Aber es muss doch gerecht zugehen. Und es darf doch nicht sein, dass eine Gesellschaft sich auseinander entwickelt." Immer mehr fließen diese Bewertungen und Anforderungen mit ein. Unsere Partei muss lernen, diese neuen Kriterien zu beachten und ins eigene Wertesystem einzubauen. Da braucht es Frühwarnsysteme, um rechtzeitig zu reagieren. Wenn die Emotionalität zu einem Thema erst einmal installiert ist (z.B. Transrapid, Betreuungsgeld) ist der Mainstream-Tsunami kaum aufzuhalten.

Neues Denken gefordert

Ein Wertewandel findet statt, der gerade einer erfolgreichen Partei wie der CSU zu schaffen macht. Deswegen müssen wir uns auch als Partei verändern. Das war immer das Erfolgsgeheimnis der CSU: Wir haben die Gesellschaft repräsentiert, unsere Politiker kamen aus ihrer Mitte in ihrer ganzen Vielfalt. Aber es reicht nicht, einfach mal ein paar Positionen mehr mit Frauen zu besetzen und es wird auch nicht genügen, sich der Jugend zu nähern, indem alle mit dem Laptop unterm Arm herumlaufen. Sondern wir müssen uns um die THEMEN kümmern, die diese Wählergruppen beschäftigen, die ihren Alltag prägen. Und das geht nur dann überzeugend, wenn wir nicht mit den Rezepten, die uns gestern Erfolge gebracht haben, auf die Herausforderungen von heute antworten.

Bei dem Thema Kinderbetreuung wird es nicht mehr reichen zu sagen, „Bayern wird nächstes Jahr genügend Plätze haben", sondern man wird spätestens im übernächsten Jahr fragen, wie groß die Gruppen sind und wie die Erzieherinnen bezahlt werden, also nach der Qualität. Bei der Frage der Erwerbstätigkeit verkünden wir seit Jahren: „Wir haben die höchste Erwerbstätigenquote". Inzwischen geht es jedoch bereits um andere Themen, z.B. darum, wie die Arbeitsbedingungen sind, wie Beruf und Familie vereinbar sind oder wie flexibel die Arbeitswelt ist. Sind die Verträge einer ganzen Generation befristet? Und was können wir für auskömmliche Löhne tun? Ich glaube, dass wir eine Partei sind, die wie keine andere die Voraussetzungen hat, die neuen Fragestellungen schnell und sensibel zu erspüren. Wir haben die Ressourcen, die Breite unserer Verwurzelung, wir müssen sie nur richtig nutzen.

Führungsverantwortung zeigen

Führungsverantwortung geht verloren, wenn man sie lange nicht gebraucht hat. Wir bauen sie jetzt wieder auf, weil wir merken, dass unsere Einstellungen und Positionen nicht (mehr) allgemein im Mainstream verankert sind. Wir müssen um Grundeinstellungen, die wir für selbstverständlich halten, Überzeugungsarbeit leisten: „Menschen, die bei uns leben, haben sich an unser Grundgesetz zu halten" oder „Männer und Frauen haben gleiche Rechte, auch in Familien mit Migrationshintergrund" oder „Wer arbeitet, muss am Schluss mehr im Beutel haben, als der, der nicht arbeitet". Solche Grundwahrheiten, der Wert von Familie oder die Überlegenheit des gegliederten Schulsystems sind nicht mehr fest verankert. Es ist wichtig, dass wir sensibel werden für eine Nacharbeit hinsichtlich der Meinungsbildung in der Bevölkerung. Wir müssen diese Diskussionen um unsere Grundwerte führen. Führungsverantwortung heißt aber auch, das Miteinander mit dem vorpolitischen Raum, beispielsweise den Verbänden, professioneller zu organisieren. Dieser Dialog ist auch von der Verwaltung in Bayern noch nicht gelernt.

Professionalität ist gefordert

Professionalität müssen auch wir als Politiker für uns beanspruchen. Wir haben die besten Chancen, weil wir gezeigt haben: Wir können es! Aber wir müssen dieses Pfund, das wir mit der Nähe zur Bevölkerung haben, verantwortlich nutzen. Nicht die Medien, wir die Politiker sind näher beim Menschen. Wir kennen die echten Sorgen und Anliegen, aber auch die Luxuserwartungen. Da können wir auch unterscheiden. Und da gehört Mut zum Standpunkt dazu. Dabei ist Stimmungsmache mit Angst kein guter Ratgeber. Nicht für Wähler, aber auch nicht für Politiker. Ich halte das für falsch,

über Angst Wahlkampf zu betreiben. Aber Verantwortung bewusst zu machen, das halte ich für wichtiger denn je. Das haben wir als Politiker lange vernachlässigt, weil wir immer so vorgegangen sind: „Du hast ein Problem, gib es mir, ich löse das schon." Alle Probleme an den Staat zu übertragen, das gewöhnt sich irgendwann eine Gesellschaft an wie eine Sucht. Es verliert sich dann das Gefühl, dass die Bürger auch selber Verantwortung tragen. Mehr Bürgerbeteiligung ja, aber auch mehr Eigenverantwortung und eine gerechte Aufgabenverteilung zwischen Staat und Eigeninitiative einer Gesellschaft brauchen wir in einer neuen Balance. Aber unsere Professionalität in der Politik ist unverzichtbar, das sollten wir auch bewusst machen.

Das waren jetzt ein paar Gedanken, die mir immer wieder kommen im politischen Geschäft, aber bitte keine abschließende Analyse. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Staatsminister a.D.
Ulrich Müller

Die Zukunft der Parteien: Die CDU

Wenn man 50 Jahre im Unionsumfeld tätig ist, wie es bei mir der Fall ist, fällt einem vieles ein, bei einer Partei, die 500.000 Mitglieder hat. Die CSU hat dann noch einmal 150.000 oben drauf. Damit sind wir als Parteienfamilie mit Abstand die größte Partei in Deutschland.

Institutionen im Wandel

Vieles von dem, was die CDU bewegt, bewegt die anderen Parteien genauso. Und vieles von dem, was die CDU strapaziert, strapaziert nicht nur andere Parteien, sondern auch andere große Organisationen. Große Institutionen sind Herausforderungen ausgesetzt. Ob das nun die Säkularisierung ist und damit eine Mischung aus Wertewandel und vielleicht auch Werteverfall. Ob es sich um die zunehmende Individualisierung handelt oder ob es das Thema der Globalisierung ist mit den Chancen und den Risiken, die da drin stecken. Eine weitere grundlegende Änderung betrifft das Internet, das die zwischenmenschliche Kommunikation wesentlich verändert. Darüber hinaus erleben wir eine Erosion des Vertrauens in Eliten - politische, ökonomische und gesellschaftliche Eliten. Und wir haben reale Wandlungsprozesse und mentale Wandlungsprozesse zuhauf. Wenn Sie nur an die physische und die psychische Mobilität denken, die Mobilitätsanforderungen. Wenn Sie an die Grundentscheidung zwischen Freiheit und Gleichheit denken. Wenn Sie an das zunehmende Umweltbewusstsein denken. Das sind sich verändernde Faktoren, die man beobachten muss und die einwirken auf große Organisationen.

Volkspartei = Erfolgspartei?

Die CDU ist eine Volkspartei. Das bezieht sich zunächst auf die Größe der Mitgliederzahl. Es bezieht sich auf die Größe der Wählerschaft und auch auf die Struktur der Wählerschaft. Es bezieht sich auf die Struktur der Programmatik dieser Partei. Hinsichtlich jedes Merkmals kann man sagen, ist die CDU sicher eine Volkspartei. Aber darin stecken zu gleicher Zeit Spannungen. Denn wenn ich möglichst viel thematisch abdecken will, habe ich natürlich ein Problem: Das Problem der Identität, der Identifikation, der Klarheit, oder anders ausgedrückt: Wir haben es in Volksparteien ständig mit Spannungen zu tun. Es gibt eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Teilgruppen innerhalb der CDU. Danach setzt sich die Mitgliederschaft der CDU im Prinzip aus vier Gruppen zusammen: den gesellschaftspolitisch Liberalen mit 17%, den

Staatsminister a.D. ***Ulrich Müller*** benannte als strukturelles Problem der CDU: „Die CDU ist keine sonderlich diskussionsorientierte Partei. Die Stärke der CDU ist eher, pragmatisch zu handeln. Deswegen gehört sie in die Regierung."

Traditionsbewussten mit 26%, den marktwirtschaftlich Orientierten mit 32% und den Christlich-Sozialen mit 25%. Das sind genau die Strömungen, die es innerhalb der CDU gibt. Und man kann sich vorstellen, dass der Charakter als Volkspartei einerseits unsere Stärke ist und andererseits ein permanentes Problem.

Im Abwärtstrend

Die CDU hat einen Mitgliederschwund und sie hat einen Wählerschwund seit Anfang der 90er Jahre. Wir haben einen deutlichen Rückgang an Mitgliedern, der in der Größenordnung von ungefähr 30% liegt. Bei den Wählern kann man sagen, kommen wir von Anfang 40%, manchmal fast bis Mitte 40%, eben heute auf Anfang 30%. Und das ist stabil, weil es diesen Prozess seit 15 Jahren gibt, und deshalb kann man nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass wir den Trend, auch 30% unserer Wählerschaft verloren zu haben, drehen. Wir sind also groß, aber im Rückgang. Und wir merken es natürlich nicht nur numerisch ausgedrückt bei Mitgliederzahlen und Wahlerfolgen, sondern wir merken es auch insofern, als wir nicht mehr so ganz auf der Höhe der Zeit sind, also programma-

Foto: Schwanebeck

tisch. Ist der Zeitgeist auf unserer Seite? Das kann man eigentlich kaum behaupten. Auch was die soziale Akzeptanz anbelangt, sind wir nicht unbedingt in der Mitte der Gesellschaft. Das war früher einmal ausgeprägter. Die CDU als die große bürgerliche Partei ist stark, aber sie bröckelt.

Die CDU als Marke

„Marke" ist ein Begriff aus der Wirtschaftswelt. Was ist eine Marke gerade im politischen Geschäft? Jeder hat ein Bild von einem Unternehmen, einer Person, einer Partei. Und dieses Bild wird geprägt durch Grundannahmen, durch Grunderfahrungen. Bei der CDU ist es so, dass sie die Geschichte der Bundesrepublik seit langem prägt, dass sie für ganz bestimmte Basisentscheidungen steht und dass sie für Mitglieder und Wähler ein Stück weit eine Identität hat. Und jetzt kommt die wesentliche ergänzende Feststellung. Eine Partei kann sich im Prinzip eigentlich nur innerhalb der Marke bewegen, die ihr zugeschrieben wird. Verlässt sie diese Marke, bekommt sie ein Problem. Ein Doppeltes. Bei den eigenen Leuten, die sie damit frustriert und bei den anderen, die ihr nicht glauben, dass irgendein Wandel der Marke so ohne weiteres ehrlich gemeint ist, aus Überzeugung geschieht.

Wir werden identifiziert mit ein paar simplen Grundelementen: innere und äußere Sicherheit, dafür steht die CDU seit jeher. Wir stehen auch für Wirtschaft und für wirtschaftliche Kompetenz. Zu der Marke der CDU gehört ebenfalls so etwas wie gesellschaftspolitisch konservativ zu sein. Auch der Gedanke „small is beautiful" ist bei uns durchaus daheim. Das drückt sich dann ganz verschieden aus: Mittelstand, Subsidiarität, Föderalismus, Dezentralisation, Entbürokratisierung usw. Dahinter steckt ein bestimmtes Menschenbild, das von Freiheit und Verantwortung bis hin zur Verantwortung für sich selbst geprägt ist. Und wir stehen für einen bestimmten Politikstil. Uns wird ein beträchtliches Maß an Kompetenz, an Solidität, an Seriosität, an Regierungsfähigkeit zugeschrieben, unter anderem deswegen, weil wir schon immer wieder und so lange regiert haben. Es wird uns bemerkenswerterweise auch eine besondere Zukunftskompetenz zugeschrieben. Das hängt vielleicht mit einem gewissen Pragmatismus und einer gewissen Innovationsfreundlichkeit zusammen, die uns auch kennzeichnet. Wir sind also einerseits relativ groß, aber schwächer geworden und wir haben andererseits einen relativ stabilen Markenkern, aber wir bewegen uns in einem sich ändernden Umfeld.

CDU – was nun?

Wie geht man mit dieser Situation um? Es geht um die Frage: „Anpassen an den Zeitgeist und an bestimmte Entwicklungen" oder „diesen Zeitgeist und die Entwicklungen gestalten". Es geht um die Mitwirkung in der gesellschaftlichen Debatte, damit wir politische Debatten gewinnen können. Es geht um die Frage „Inhalt oder Demoskopie?" Demoskopie heißt, wir machen das, was die Leute gerade wollen. Inhalte heißt, ich mache das, wovon ich überzeugt bin. Und Überzeugung kann ich nicht so ohne weiteres ändern und ich will sie auch nicht ändern, nur weil sie nicht von allen geteilt wird. Ich will ein Angebot im Diskussionsprozess machen. Ich will dafür kämpfen, dass meine Überzeugungen mehrheitsfähig sind. Andernfalls machen wir uns inhaltlich überflüssig und überlassen die Inhalte dem politischen Gegner.

Die Herausforderungen

„Modernisieren" ist ein Stichwort innerhalb der CDU. Modernisierung ist für mich kein Selbstzweck. Die entscheidende Frage ist nicht: Ist etwas modern oder nicht, sondern: Ist es richtig oder falsch? Ist es gut für die Menschen oder nicht? Entspricht es den Überzeugungen, entspricht es dem, was uns zugetraut wird, was man von uns erwartet? Das ist eigentlich die Fragestellung, vor der wir stehen.

Ein weiteres Element, das uns beschäftigt: Wahlniederlagen. Wahlniederlagen führen dazu, dass man sich fragt, haben wir etwas falsch gemacht? Wie werden wir denn wieder mehrheitsfähig? Was müssen wir denn anders machen? Das kennzeichnet auch die momentane Situation der CDU. Wir sind auch psychologisch verunsichert.

Zudem haben wir an vielen Stellen ein personelles Problem, und personelle Fragestellungen lösen auch immer Konflikte aus, Machtrivalitäten und damit Unklarheiten. Und wir haben innerhalb der CDU ein strukturelles Problem, und zwar schon relativ lange: Die CDU ist keine sonderlich diskussionsorientierte Partei. Das ist nicht unbedingt die Stärke der CDU. Die Stärke der CDU ist eher, pragmatisch zu handeln. Deswegen gehört sie in die Regierung. Wenn es aber um Programmatik geht, wenn es um das Erwerben neuer Mehrheiten geht, wenn es um das Gewinnen von neuen Wählerschichten geht, wenn es um Identitätsdiskussionen innerhalb der CDU geht, dann ist das alles nicht auf einem Topniveau, wie man es sich gerne wünschen würde. Das also sind zusätzliche Probleme: Die psychologische Verfassung, die Frage des Personals und die Fragen von Diskussionskultur und Bekennermut.

Neue Ansätze für alte Werte

Ein paar Vorschläge für die programmatische Weiterentwicklung der CDU:

Was mich nachdenklich macht, ist ein bestimmtes Maß an Irrationalität in der Politik, in Sonderheit bei den Fragen, bei denen man eigentlich mit naturwissenschaftlichem Verstand durchaus etwas zur Lösung von politischen Problemen beitragen kann. Ich würde ein Gebot aufstellen und dieses Gebot heißt: Wenn ich naturwissenschaftlich etwas begründen und entscheiden kann, bin ich moralisch auch verpflichtet, genau dies zu tun. Wir brauchen ein Gebot der Rationalität. Wir erlauben uns jedoch ein hohes Maß an Irrationalität. Nehmen Sie einmal bloß so einen Bereich wie die Energiepolitik: Da gibt es eine ganze Reihe von Tatbeständen, die man einfach nicht wahrhaben will.

Auch macht mir Sorge, wie es um die seelische Gesundheit unserer Bevölkerung steht. Die Zahl der Krankheiten in Bezug auf die psychische Verfassung der Menschen ist relativ groß. Brauchen wir nicht auch einen Einfluss von Psychologen, von Ärzten, von Sozialwissenschaftlern, der diesem Umstand Rechnung trägt? Wenn Sie

das ganze Thema „Kinderbetreuung“ nehmen, das läuft im Wesentlichen unter ökonomischen Gesichtspunkten. Man könnte sich ja einmal überlegen, was Kinderpsychologen und andere, z.B. Ärzte und Pädagogen, zu diesem Thema beizutragen haben. Es gilt also Diskussionsspektren zu erweitern um nicht immer mehr in die Ökonomisierung der Gesellschaftspolitik hinein zu rutschen.

Ein weiteres Element künftiger CDU Politik ist für mich das Thema „Zwang zur Solidität“, also Kampf gegen die Verschuldung. Dies ist insofern eine Stellgröße, weil über das Thema Verschuldung oder Nichtverschuldung auch etwas gesagt wird über die Rolle von Staat und Gesellschaft. In dem Maße, in dem der Staat Aufgaben finanziert, für die er eigentlich gar nicht das Geld hat, wächst er. In dem Maße hingegen, in dem er sich beschränkt auf das, was er finanzieren kann, ist er zu gleicher Zeit eben ein begrenzter Staat. Ich glaube also, dass das Thema Verschuldenspolitik eine Schlüsselgröße in der künftigen Diskussion ist und sein muss. Auch deswegen, weil man jahrzehntelang dachte, Staaten könnten nicht Konkurs gehen, insofern sei es egal, wie hoch die Schulden sind. Jetzt stellen wir fest: Es ist anders – sie können scheitern.

Zurück auf die Erfolgsspur

Der Jugendwahn ist vorbei. Wir haben eine Renaissance der älteren Politiker. In Zeiten des Vertrauensverlustes und der Desorientierung suchen Menschen nach Orientierung und Vorbildern. Das muss auch innerhalb der CDU eine größere Rolle spielen. Politik ist Handwerk, ist Arbeit, ist Anstrengung, ist Verantwortung, braucht Glaubwürdigkeit und Geradlinigkeit. Wer in unserer Partei auf diesen Gebieten versagt, der sollte entsprechend auch sanktioniert werden. Das Verhalten unserer Eliten darf nicht die Normen prägen, sondern Normen müssen unser Verhalten prägen.

Wir müssen unsere Positionen stärker begründen. Zum Beispiel haben für mich die Grundentscheidung für Freiheit und Verantwortung in der Familienpolitik, in der Bildungspolitik, in der Sozialpolitik, in der Rechtspolitik, Konsequenzen. Aber die CDU ist mittlerweile auch intellektuell nicht mehr ausreichend in der Lage, die Grundlagen ihrer eigenen Politik überhaupt noch zu erkennen, geschweige denn zu kommunizieren.

Und schließlich haben wir auch eine Chance: Wir profitieren natürlich auch immer von den Fehlern der jeweils anderen politischen Richtung. Uns geht es gut, wenn es den politischen Gegnern von links schlecht geht und umgekehrt. Darin steckt auch ein Stück Hoffnung. Aber: Nur auf die Fehler der anderen zu warten, das wäre natürlich viel zu wenig und um das zu erläutern, habe ich doch ein bisschen Zeit gebraucht.

Regionalbischöfin
Susanne Breit-Keßler

Erwartungen der evangelischen Kirche an die Parteien

Parteien waren und sind vermutlich auch heutzutage noch ein Raum der Politik, dem viele Menschen mit großem Unbehagen begegnen. Und dieses Unbehagen ist alleine mit sozialkundlichen Informationen und Kategorien nicht hinreichend zu erklären. Es ist ein Unbehagen, das Vertrauen zerstört oder erst gar nicht entstehen lässt.

Heute werden Menschen, die Verantwortung übernehmen, schnell abgekanzelt: Politiker sind das Opfer alberner Comedians, die nicht geistreich Entscheidungen kritisieren. Sie mokieren sich ausschließlich über herabgezogene Mundwinkel, dicke Bäuche oder gar Rollstühle. Sie machen einzelne Politiker als Mensch, als Person mies oder sichern sich Applaus mit der Bemerkung „die Politiker sind alle Verbrecher“. Das ist billig. Und es ist gefährlich, solche primitiven Lacher einzukassieren. Demokratie kann man auch durch dumme Witze beschädigen.

Intelligente Kritik an der Politik, Satire, für die es Stoff genug gibt, die braucht es unbedingt. Aber dazu ist Hirn nötig. Die große Mehrheit der Deutschen unterstellt ihren Politikerinnen und Politikern mangelnde Glaubwürdigkeit und überwiegendes Eigeninteresse. Die Zahl derer, die nicht einmal mehr zur Beteiligung an Wahlen bereit sind, verharrt auf besorgniserregend hohem Niveau. Die Zahl der Mitglieder in den großen Parteien schrumpft erheblich rascher als in den Kirchen.

Welche Erwartungen hat die evangelische Kirche an die Parteien? Pointiert gesagt: Das Fundament der Demokratie sind Demokraten, die sich für das Gemeinwesen engagieren. Deshalb ermutige ich ausdrücklich dazu, in Parteien einzutreten und dort aktiv an der politischen Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken. Wer Veränderung will, muss selbst bereit sein, zur Veränderung beizutragen. Das sage ich allen, die sich abfällig über „die Politik“ oder „die Parteien“ auslassen.

Erwartungen an die Parteien

Von den Parteien erwarte ich erstens, dass sie von sich aus Berührungsängste, sofern (noch) vorhanden, ablegen und den Dialog mit unserer Kirche fördern. Im Unterschied zu früheren Zeiten sind hier große Fortschritte zu verzeichnen: Regelmäßige Gespräche der Kirchenleitungen mit allen Parteien sind heute keine Besonderheit mehr, sondern üblich. Gleiches gilt für unzählige Einzelkontakte. Dennoch könnte ich mir eine Intensivierung durchaus vorstellen.

Die zweite Erwartung an die Parteien ist, dass sie sich offensiv dem Unbehagen stellen, das viele Menschen ihnen gegenüber empfin-

den. Ganz konkret halte ich es für wünschenswert, wenn die Parteien die Frage nach ihrem eigenen Erscheinungsbild und der Vermittlung von Personen und Inhalten künftig weniger an Beratungsfirmen und Demoskopie-Experten delegieren, sondern selbst naheliegende Probleme erkennen und bearbeiten.

Meine dritte Erwartung: Ich wünsche mir von Parteien, dass sie dem Kalkül ihrer Popularität und ihres Wahlerfolgs keine Priorität einräumen. Mag sein, dass Beratungsfirmen darauf drängen, stärker „Profil" oder „Kante" zu zeigen und dafür auch maßlose Polemik gegen den politischen Gegner als brauchbares Instrument einzusetzen. Ich bin davon überzeugt, dass viele Bürger davon abgestoßen werden. Ich bin mir sicher, dass es der Zukunft der Parteien nicht dient, wenn sie sich gegenseitig Seriosität absprechen und aufeinander verbal einprügeln.

Regionalbischöfin ***Susanne Breit-Keßler*** ermutigte die Teilnehmer des Politischen Clubs, sich in Parteien zu engagieren. „Wer Veränderung will muss selbst bereit sein, zur Veränderung beizutragen."

Meine vierte Erwartung zielt auf die Frage, ob und in welchem Maß die Parteien ihre eigenen Parteiprogramme kennen und ernst nehmen. Gleiches gilt übrigens auch für Regierungsprogramme und Koalitionsvereinbarungen. Ein Beispiel: Im Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung ist zu lesen, es dürfe in Zukunft „kein Finanzmarktprodukt, keinen Finanzmarktakteur und keinen Finanzmarkt geben, die nicht reguliert und beaufsichtigt sind" (2217).

Vereinbart wurde ausdrücklich, dass auch „Investmentfonds, z.B. Hedge-Fonds", und deren „Manager einem internationalen Regelwerk unterworfen sein" sollen (2256). Sowohl national als auch auf EU-Ebene und weltweit müsse eine funktionierende Finanzmarkt- und Bankenaufsicht etabliert werden, die nicht mehr mit den Interessen der zu kontrollierenden Strukturen und Unternehmen verflochten sein dürfe (2290f). Starke, gute Worte. Der Bürger, die Bürgerin, die solche Versprechen ernst nehmen, fragen sich, was daraus geworden ist.

Schließlich, fünftens, erwarte ich von den Parteien, dass sie den konstruktiven Beitrag der Kirchen zum demokratischen Gemeinwesen wertschätzen und die dafür hilfreichen Rahmenbedingungen weiterhin gewährleisten. Religiöse Neutralität des Staates bedeutet nicht, dass es dem Staat egal sein darf, ob, dass und wie sich Weltanschauungen und Religiosität individuell und korporativ entfalten können. Vielmehr muss dem Staat um seiner selbst willen daran gelegen sein, dass die Werte, auf denen er beruht, gepflegt werden.

Meine Damen und Herren, man muss nicht Christ, auch kein Kirchenmitglied sein, um anzuerkennen, dass Leitbilder der Heiligen Schrift zum Fundament unserer Gesellschaft gehören. Sie geben notwendige Orientierung, um entscheidende Fragen der Individual- und Sozialethik zu beantworten: Der Schutz des Lebens von Anfang bis Ende braucht die Einsicht, dass Leben uns anvertraut ist – und nicht instrumentalisiert oder z.B. aufgrund ökonomischer Interessen zur Disposition gestellt werden darf.

Solidarität braucht Barmherzigkeit. Freiheit ist nur dann lebensdienlich, wenn sie in Verantwortung begriffen und gelebt wird – und zwar auch und gerade gegenüber kommenden Generationen. Die Kirchen haben wie kaum eine andere zivilgesellschaftliche Institution in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zur Demokratiefähigkeit der Gesellschaft und zur Humanität des Gemeinwesens beigetragen, indem sie wertgebundene Einstellungen vermittelten: Im Religionsunterricht, in Seelsorge und Verkündigung, im Gemeindeleben, in Bildung für Jung und Alt, nicht zuletzt in praktischer Diakonie für hilfsbedürftige Menschen. Indem sie Gesprächsräume eröffnen, in denen Menschen sich über Glaubens-, Lebens- und gesellschaftliche Fragen austauschen und eine eigene Meinung bilden können – vom Hauskreis bis zum Kirchentag. Indem Kirchen – nicht allein, aber auch – die Frage nach Wahrheit und Begründung wach halten.

Ein Gemeinwesen, das Freiheit untrennbar mit Verantwortung verbunden weiß, kann nicht darauf verzichten, dass gerade auch das religiös motivierte zivilgesellschaftliche Engagement einen öffentlichen Beitrag dazu leistet, Freiheit verantwortungsbewusst zu gestalten. Selbstverständlich müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen, deren Erhalt ich erwarte, nicht allein für die Kirchen gelten, sondern für alle weltanschaulichen und/oder religiösen Gruppierungen, die sich für Demokratie einsetzen.

Ich halte deshalb sechstens insbesondere den Dialog mit den Muslimen in Deutschland über deren strukturellen und inhaltlichen Beitrag zum demokratischen Gemeinwesen für eine herausragend wichtige Aufgabe. Ihr müssen sich alle Parteien stellen. Denn Zukunft haben unser Land, unsere Gesellschaft und die Parteien, die um gute Politik ringen, nur dann, wenn sie denen Raum geben, die sich für eine gemeinsame, friedliche Zukunft stark machen.

Foto: Haist

DIE GESELLSCHAFT ERFINDET SICH NEU –

Der demografische Wandel und die Krise der Arbeitsgesellschaft haben den Sozialstaat vor neue Herausforderungen gestellt. Aber auch die Auswirkungen der Finanzkrise und die Probleme der Eurozone machen der Gesellschaft zu schaffen. Jetzt ist gesellschaftlicher Erfindungsreichtum gefragt, wenn es um die Frage geht, in welcher Gesellschaft wir zukünftig leben wollen.

Wir schließen Arbeitsverträge auf Zeit, müssen damit rechnen, keine auskömmliche Rente zu haben, und unsere Kinder werden bestimmt nicht besser leben als wir. Sozialstaatliche Leistungen für Zeiten der Erwerbslosigkeit, für Alter und Krankheit sind ebenfalls rückläufig. Wohin führt der Weg?
Studienleiterin Dr. *Ulrike Haerendel* griff in ihrer Tagung einige „Umbauzonen" des Sozialstaates exemplarisch heraus und ging der Frage nach, was sich im Gegensatz zu früheren Zeiten in unserem Land verändert hat.

Ulrike Haerendel:

Die Gesellschaft erfindet sich neu – oder reformiert sie sich nur?

Ausgangspunkt der Tagung war, dass die Gesellschaft der Bundesrepublik einen tiefgreifenden Umbau von einer wesentlich durch Arbeitnehmer in langfristigen Erwerbsverhältnissen mit sozialstaatlicher Absicherung hin geprägten Arbeitsgesellschaft hin zu einer stärker auf Eigenverantwortlichkeit und Selbstsorge gestützten „Risikogesellschaft" (Ulrich Beck) erlebt. Da dieser Umbau durch Mangel an Arbeit, den überforderten Sozialstaat und den demografischen Wandel erzwungen wurde, überwiegen derzeit häufig negative Einschätzungen und das Bedauern über materielle Einbußen. Diese sind ja auch etwa in der Absenkung des Rentenniveaus oder in der Festlegung des Arbeitslosengelds II auf Grundsicherungsniveau nicht zu leugnen. Anderes, wie die Abkehr vom Ernährermodell, kann durchaus auch einen Gewinn an Lebensqualität bedeuten, wenn die materielle Absicherung gegeben ist.

Die Tagung zielte einerseits darauf, die Dimensionen des Umbaus zu erfassen und wichtige Charakteristika zu benennen. Andererseits waren die Referenten auch gebeten, Orientierungsmarken für neue Wege aufzuzeigen.

Das Einstiegsreferat von *Cornelia Koppetsch* widmete sich zunächst weniger den materiellen Fragen als den mentalen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Dabei richtete sie besonderes Augenmerk auf die Mittelschicht, die nicht ausreichend wahrnehme, so die These der Referentin, dass sie Akteurin der Krise sei und nicht nur der so genannte Finanzkapitalismus. Mittelstandsbürger hätten selbst maßgeblichen Anteil an der Krisendynamik, etwa durch Vermögenserwerb in Aktien und Fondsanteilen. Aus Angst vor Abstieg wagten sie keine Solidarität mit stärker von Prekarisierung betroffenen Kreisen und verschärften so die Klassengegensätze. Die Mittelschicht sei so zur zentralen Vollstreckerin einer Gesellschaftsordnung geworden, die sie eigentlich kritisiert und als deren Opfer sie sich fühlt.

– ODER REFORMIERT SIE SICH NUR?

Ein Film von *Claus Strigel* wurde zusätzlich in das Programm genommen und zeigte an bemerkenswerten Fallbeispielen von Jobsuchenden und Niedriglohnverdienern, wie schwer sich die Arbeitsgesellschaft tut, den säkularen Trend zur Verringerung der Erwerbsarbeit abzufangen.

Zwei Vorträge thematisierten am Samstagmorgen „Familie und Geschlechterpolitik": Zunächst referierte *Ulrike Haerendel* über Erwerbsläufe und Alterssicherung von Frauen. Sie skizzierte die in der Bismarckschen Rentenversicherung angelegte Koppelung der Rentenhöhe an die Höhe und Dauer des Lebenserwerbseinkommens. Dieser Zusammenhang hat in praxi zu niedrigen Frauenrenten geführt, weil Unterbrechungen und Einschränkungen der Erwerbsarbeit zugunsten der Familienarbeit sich schädlich ausgewirkt haben und Frauen durchschnittlich in schlechter bezahlten Positionen arbeiten. Nachdem heute die Lebensstandardsicherung über das Ernährermodell zudem ins Wanken geraten ist, gilt es umso mehr, der Problematik der Alterseinkünfte von Frauen Aufmerksamkeit zu schenken. Am Schluss des Referats erörterte *Haerendel* bereits praktizierte Maßnahmen wie die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rente wie auch in der Fachwelt diskutierte Maßnahmen wie die Höherbewertung von Teilzeit- und Niedrigeinkommen, also eine Umverteilung im Rentensystem. Der Verweis auf notwendige familienpolitische Maßnahmen zur Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit leitete zum nächsten Referat über.

Allerdings plädierte *Michael Hirsch* gerade nicht dafür, die Frauenerwerbstätigkeit nun dem männlich geprägten Erwerbsarbeitsmodell möglichst weitgehend anzupassen. „Eine wirkliche Gleichheit der Geschlechter und eine wirkliche fortschrittliche soziale Ordnung wird es nur geben, wenn der Gesellschaft eine gleiche Teilung und eine gleiche Bewertung beider Formen von Arbeit [der Erwerbs- und der Familienarbeit] gelingt. … In einer fortschrittlichen Perspektive geht es nicht mehr um die Steigerung der weiblichen Erwerbsquote, sondern um die Verringerung der männlichen. Der Schlüssel liegt in der Verbindung des feministischen mit einem egalitären politischen Programm der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und sozialer Anerkennung in der Gesellschaft."

In der Sektion „Gesellschaft und Arbeitsmarkt" trat *Rainer Land* für einen ähnlich grundsätzlichen Blick auf die notwendige Reform der traditionellen Erwerbsgesellschaft ein. Das Modell des „Teilhabekapitalismus" habe in der alten Bundesrepublik eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den Produktivitätszuwächsen durch kontinuierliche Lohnsteigerungen und dynamische Renten bedeutet. Dieses Modell baue aber auf eine Wachstums- und Konsummentalität, die durch zurückbleibende Ressourceneffizienz (ökologische Kosten!) und die Schwierigkeit, immer neues Wachstum in herkömmlicher Wirtschaftsweise zu generieren, in Frage gestellt sei. An Beispielen wie Bioenergie-Dörfern in Mecklenburg stellte er emanzipatorische Bewegungen vor, denen es um qualitative und nachhaltige Verbesserungen des Lebensstils im Gegensatz zur kapitalistischen Wachstumsorientierung geht.

Während hier Reformbewegungen „von unten" angesprochen wurden, skizzierte *Lutz Bellmann* die Möglichkeiten der Politik, auf die Krise der Arbeitsgesellschaft zu reagieren. Die Kosten der Krise trügen vor

allem die „atypisch Beschäftigten", in höherer Prozentzahl junge und geringqualifizierte Arbeitnehmer. Der Trend zur weiteren Flexibilisierung und vor allem zum Abbau von „Normalarbeitsverhältnissen" sei auch kaum zu stoppen. Reformansätze lägen nach Ansicht des Referenten in der (weiteren) Einführung von Mindestlöhnen, in der Abschaffung der Privilegierung von Minijobs, der Begrenzung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung sowie schließlich im Aufbau einer eigenständigen sozialen Sicherung für Soloselbständige.

Eine heftige Debatte über die Realisierbarkeit eines Bedingungslosen Grundeinkommens lieferten sich am Samstagnachmittag *Georg Jähnig* von der Piratenpartei und *Peter Altmiks* vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Während *Jähnig* betonte, dass ein solches Grundeinkommen Erwerbseinkünfte nicht komplett ersetzen, sondern nur einen Sockel für jedermann bilden und damit den Nachweis von Bedürftigkeit grundsätzlich erübrigen solle, sah *Altmiks* die Gefahr, dass mit einer solchen „Herdprämie" jeder Anreiz zur Erwerbsarbeit entfiele. Zudem sei ein solches System weder finanzierbar noch im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig. Letztlich, das machten allerdings beide Diskutanten deutlich, sind sowohl die volkswirtschaftlichen wie auch die sozialpsychologischen Effekte eines solchen völlig anders als bisherige Transferleistungen gearteten Instruments nicht zu prognostizieren.

Der Abend war der Position und der sozialen Sicherheit älterer Menschen in der Gesellschaft der Bundesrepublik gewidmet. *Martin Gasche* sprach sich trotz aller Schwierigkeiten mit der gesetzlichen Rente dafür aus, Reformansätze innerhalb und in Ergänzung des bestehenden Systems zu suchen. Im „Munich Center for the Economics of Aging" werden dafür verschiedenen Szenarien simuliert. *Gasche* konnte in seinem Vortrag zeigen, dass bei einer (weiteren) Eindämmung von Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Frauen-Erwerbsquote und einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit es durchaus noch Handlungsspielraum zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen der Rentenversicherung gebe und weitere Absenkungen des Rentenniveaus vermieden werden könnten. Er betonte auch, dass durch die Rentenreformen der letzten Dekade die schwierigsten Schritte gegangen worden seien und „das größere Stück des Reformwegs also bereits hinter uns" liege.

Dieter Hackler vom Bundesfamilienministerium ging es in seinem Referat nicht in erster Linie um die sozialpolitischen Folgerungen aus dem demografischen Wandel, sondern um die Entwicklung einer neuen gesellschaftlichen Mentalität was das Alter angeht. Statt Ausgrenzung und Diskriminierung, wie sie sich etwa in dem Begriff „Überalterung der Gesellschaft" spiegele, sei eine Beteiligungskultur und die Entwicklung der Instrumente der Zivilgesellschaft gefragt. „Freiwilligem Engagement als Ausdruck gelebter Solidarität zwischen den Generationen kommt künftig eine Schlüsselrolle zu." *Hackler*, der gerade vom Seniorentag der BAGSO kam, nannte zudem Beispiele wie die Mehrgenerationenhäuser und andere quartiersnahe Angebote, die ein selbstbestimmtes Leben auch im hohen Alter und bei Pflege ermöglichen sollen.

Die Teilhabeorientierung stand auch im Mittelpunkt des letzten Vormittags dieser Tagung. *Martin Staiger* stellte zunächst das bestehende System der Sozialleistungen für Familien anhand eines konstruierten Fallbeispiels vor (hier: Kindergeld, Kinderzuschlag bzw. Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss, Befreiung von Kindergartengebühren und Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket). Er machte so auf ganz plastische Weise deutlich, wie schwierig es für betroffene Familien ist, im „Sozialleistungsdschungel" die adäquaten und Teilhabe ermöglichenden Leistungen rechtzeitig zu beziehen. *Staiger* skizzierte sodann einen Reformvorschlag, der die Einrichtung einer zentralen Sozialleistungsbehörde für Familien (z.B. Jobcenter) vorsieht und die vielen Kautelen für den Bezug einzelner Leistungen beseitigt. Es müsse auf diese Weise dem Grundsatz Geltung verschafft werden, dass steigende Erwerbseinnahmen zu einer besseren Einkommenssituation der Familien führen und nicht durch unverhältnismäßiges Abschmelzen von Sozialleistungen unter Umständen konterkariert werden. Die zugrunde gelegten Regelbedarfe müssten grundsätzlich, etwa wie vom Paritätischen Wohlfahrtsverband errechnet, höher liegen.

Am Schluss sprang *Thomas Gensicke* von TNS Infratest für den erkrankten Thomas Olk mit einem Referat über die Möglichkeiten zivilgesell schaftlichen Engagements ein. Er skizzierte die Ergebnisse empirischer Sozialforschung zur Beteiligungskultur in der Bundesrepublik und konnte dafür sehr hohe Werte benennen. Allerdings sei zwischen einer breiten öffentlichen Beteiligung (ca. 70 Prozent der Bevölkerung) – etwa auch durch Vereinsmitgliedschaften – und freiwilligem Engagement im engeren Sinn (ca. 36 Prozent), d.h. aktiver Ehrenamtlichkeit, zu unterscheiden. Bei allem Lob für die Werte der Zivilgesellschaft benannte Gensicke auch Probleme wie die Monetarisierung der Ehrenamtlichkeit, etwa im neuen Bundesfreiwilligendienst, und die Mittelschicht-Dominanz in diesem Bereich. Zudem sinke die Ehrenamtlichkeitsquote, wenn Mobilitätsanforderungen und Zeitstress im Beruf weiter zunähmen.

Aus den kurzen Skizzen der Referate ist ersichtlich, dass allen Vortragenden nicht nur an Analyse und Kritik gegenwärtiger Verhältnisse gelegen war, sondern sie Optionen für die Zukunft ansprechen wollten. Allerdings war die Bandbreite hier sehr groß – von Reformen innerhalb des bestehenden Systems, etwa einer gesetzlichen Rentenversicherung, bis hin zu einer völligen Revolutionierung der Einkommensverhältnisse durch ein gleiches und bedingungsloses Grundeinkommen für alle.

KulturRadio: Perspektiven und Potentiale

Der Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks, *Johannes Grotzky*, sprach sich für mehr Vielfalt in Kulturradios aus. Kulturradio müsse zum einen aus verschiedenen Genres, wie Literatur, Feature und Essay bestehen, erörterte *Grotzky*. Zum anderen müsste es aber auch „schlicht informieren".

Radio ist nach wie vor das meist genutzte Medium in Deutschland. Täglich schalten bundesweit acht von zehn Personen einen Radiosender ein. In den vergangenen 20 Jahren haben die Kultur- und Informationsprogramme der ARD ihre Zuhörerschaft gar verdoppelt. Dabei stellt sich neben dem Erfolg der Infowellen für die Kulturradios die Frage: Wie gehen wir in die Zukunft?

Die Kultursender haben ein Publikum, das sich einlässt auf das anspruchsvolle Programm. Neben Berichten und Rezensionen aus dem Kunst- und Kulturgeschehen, neben Lesungen und Besprechungen literarischer Neuerscheinungen, reicht das Themenspektrum der meisten öffentlich-rechtlichen Kulturprogramme weit über den klassischen Kulturbegriff hinaus. In Wissenssendungen können die Radiohörer ihren Bildungshunger stillen und bei Hörspielen erleben sie Radiokunst auf höchstem Niveau. Das alles zeigt: Wort wird wieder gehört.
In Zusammenarbeit mit *Alexander Schaffer*, Leiter der Bayern 2 Programmredaktion, und *Julia Nether*, ebenfalls Bayern 2 Programmdirektion, ging Akademiedirektor *Udo Hahn* der Frage nach, welche Veränderungen auf das Kulturradio in der nahen Zukunft zukommen werden. Aus dem Einführungsvortrag von BR-Hörfunkdirektor Dr. *Johannes Grotzky* ein Auszug:

Johannes Grotzky:

Was heißt hier eigentlich Kulturradio?

Diskussionen um den Begriff der Kultur sind legendär. Warum soll das beim Radio anders sein. Ich bekenne vorweg, dass ich Schwierigkeiten mit dem Begriff „Kulturradio" habe. Denn ich weiß nicht, was sich dahinter verbergen soll. Reden wir von einem Programm, das sich als Spartenprogramm ausschließlich der Vermittlung von und den Berichten über Kultur widmet. Oder sprechen wir von klassischen Vollprogrammen, die in der Tradition den Auftakt der Rundfunkgeschichte gebildet haben. Damals wurden rundfunktypische Genres wie das Hörspiel oder die Technik der Live-Übertragung von Konzerten entwickelt. Dazu kam die gesprochene Literatur; der oder das Essay, dann das Hörbild und mit der Entwicklung beweglicher Tonbandgeräte auch noch das Radiofeature.

Oder meinen wir heute mit „Kulturradio" schlicht einen Alibibegriff, um all jene Bereiche abzudecken, die wir einem öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrag schulden, über dessen Inhalt jedoch sehr herzhaft zu streiten verstehen?

Damit möchte ich auf das Problem hinweisen, dass der Rundfunkauftrag in seiner Ausgestaltung - bis auf einige Grunddefinitionen - in der Tat Spielraum für verschiedene Interpretationen und Umsetzungen lässt.

Im Rahmen der Digitalisierung, die in Bayern von den privaten wie von den öffentlich-rechtlichen Anbietern mit Nachdruck betrieben wird, sind die Hörfunkprogramme des BR ausgebaut worden. Dadurch sind wir mit der Erstellung von nunmehr zehn Radioprogrammen beauftragt, deren einzelne Schwerpunkte ebenfalls im Gesetz markiert, nicht aber ausdefiniert sind. Bei diesen Programmschwerpunkten unterscheiden wir zwischen „Kultur" im Sinne des Wortradios einerseits und „Klassik" andererseits. Im Klartext: Unser Rundfunkgesetz weist diese beiden Schwerpunkte zwei verschiedenen Programmen zu.

Foto: BR / Ralf Wilschewski

Wenn wir also von einem Radio wie Bayern 2 sprechen, dann umschließt dies eben nicht den Bereich der Klassik. Oder anders ausgedrückt: Im Tagesverlauf von Bayern 2 findet überhaupt keine Klassik statt, wenn man von einer Nachstrecke für bayerische Gegenwartskomponisten absieht. Dennoch ist dieses Programm die Heimat all jener originären Genres, die den Kulturbegriff im Radio geprägt haben als da zu nennen sind:

Das Hörspiel mit seiner Weiterentwicklung zur radiophonen Kunstformen, bei uns Medienkunst genannt. Dieses Genre ist ebenso legendär wie unsterblich solange wir Radio hören.

Die Literatur im Radio. Um die Bedeutung dieses Genres zu verstehen, muss man sich in jene Zeit nach der kulturellen Enthauptung unserer Gesellschaft durch den Nationalsozialismus versetzen. Die verbrannte Literatur musste wiederentdeckt werden. Buchdruck und Buchverkauf liefen erst langsam an. Doch durch den Einsatz des Radios als Propagandamaschine hatte Goebbels zumindest erreicht, dass in den meisten Haushalten auch nach dem Krieg noch Radios vom Typ Volksempfänger waren. Diese Geräte dienten nun der Überwindung jenes unseligen Zeitgeistes, für dessen Propaganda sie eigentlich produziert worden waren. Doch auch heute noch ist die gesprochene Literatur eine Interpretation von Text und textueller Konzeption.

„Klangwelten erleben“

Die Bayern-2-Hörtour gastierte zu Beginn der KulturRadio-Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing. Der Schauspieler *Axel Milberg* nahm die Zuhörer mit auf eine kuriose Reise. Der Eifelturm löste sich auf wundersame Weise aus seiner Verankerung und eilte durch Europa. Umrahmt von einer außergewöhnlichen Sound-Installation zeigte *Milberg*, was Literatur im Radio kann. „Ich habe die Geschichte zunächst nicht gemocht, aber je mehr ich mich damit befasst habe, desto interessanter fand ich sie schließlich“, bekannte der Schauspieler, der als Tatort-Kommissar bekannt wurde. Es war ein akustisches Literaturvergnügen.

Als nächstes möchte ich das Hörbild erwähnen, also das getextete Bild als gesprochenes Wort, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg im Bayerisches Rundfunk genreprägend durch solche Größen wie Reinhardt Raffalt und Horst Krüger (der Schriftsteller, nicht der Musiker) vertreten.

Dann „der“ oder „das“ Essay, der freie, gesellschaftliche Diskurs in seiner radiotypischen Form. Das gesprochene Wort als Reflexion, Provokation und Addition zu vermeldeten Mehrheitsmeinungen oder vermeintlichen Zeitströmungen. Beim BR als eigenes Genre – ergänzt durch andere Formen - unter dem Begriff „Nachtstudio“ bis heute weitergeführt.

Mit der Mobilität von Aufnahmegeräten hat das Radiofeature eine neue Dimension erhalten. Neben den Studioproduktionen trat das Originalton-Feature. Der Autor als akustischer Interpret von Vorgängen und Sachverhalten.

Dann bleibt auf jeden Fall noch das Feuilleton, das in seiner Formen- und Themenvielfalt unter verschiedenen Sendungsnamen erfolgreich gepflegt wird.

Ungenannt bleiben dabei Formen wie das Gespräch, die Reportage, der Kommentar, die natürlich alle ihre Berechtigung als angemessene Gefäße für kulturelle Inhalte haben. Mir ging es jedoch um die bisher genannten Inhalte, die ich zu den kulturellen Genres im Radio zähle und aus denen sich das Kulturradio im Wort- und im wortübergreifenden radiophon-akustischen Bereich überwiegend speist.

Doch der Programmauftrag geht deutlich weiter. Denn während diese Genres kulturstiftend oder auch kulturprägend sind, muss das Kulturradio auch schlicht informieren. Und zwar über kulturelle Ereignisse. Natürlich findet eine Besprechung des Theaters statt, eine Bücherschau, ein Kulturkalender, ja Kulturpartnerschaften im gesellschaftlichen Raum bis hin zu Hörtouren, der Erstellung von Audioguides und nicht zuletzt der Dialog zu jenen Aufgaben, die dem Kulturradio obliegen.

Wenn ich bis hier her die Klassik vom Altertum bis zur Moderne ausgelassen habe, so hängt dies damit zusammen, dass wir im Bayerischen Rundfunk ein erweitertes Genreverständnis entwickelt haben, dass den Bereich des Radios überschreitet. Denn die bisher genannten Inhalte werden bei uns nicht mit klassischer Musik verbunden. Die Hörer der geschilderten Wortangebote bevorzugen unserer Erfahrung nach eine völlig andere Musik.

Wir haben statt dessen BR Klassik gegründet, eine Marke, die folgende Bestandteile umfasst:

- Ein 24-stündiges Hörfunkprogramm mit Klassik aus allen Zeitepochen, Berichten über Klassik, dem Musikfeature sowie Klassikangebote für Jugendliche und Kinder.
- Alle Klassiksendungen in unseren Fernsehprogrammen, also im Bayerischen Fernsehen und in BR alpha, die ebenfalls mit demselben Signet wie die Radiowelle BR Klassik gebrandet sind.
- Alle Klangkörper des BR, also das Symphonieorchester mit seinem zusätzlichen Kammerorchester, das Münchner Rundfunkorchester, den Chor des Bayerischen Rundfunks.
- Ein eigenes CD- und DVD-Label „BR Klassik“, das wir

Fotos: Haist

mit gemeinsamer Anstrengung aus der Taufe gehoben haben und das nach den ersten Auszeichnungen mit Echo-Klassik und anderen Preisen sich nun bereits selbst trägt.
– Alle off-air-Aktivitäten vor allem im musikpädagogischen Bereich.
– Alle begleitenden Publikationen und Marketingmaßnahmen, die ebenfalls nur unter der Gemeinschaftsmarke BR Klassik firmieren.

Hier also liegt ein echtes und ausschließliches Kulturradio-Angebot vor.

Kommen wir also zu den Problemen, die unsere Mischformen im sonst so genannten Kulturradio aufwerfen. Da ist zunächst der immer weiter wachsende Bereich von Wissenschaft und Bildung. Die neuen Erkenntnisse der Genetik, der Immunologie oder der Organverpflanzung, die Rätsel der Algorithmen von Google und Facebook, der Massenmarkt von App-Entwicklungen oder psychologische und soziologische Studien zu frühkindlicher Entwicklung oder aber das Ringen um die jüngsten Theorien zum Frauen-Mentoring im MINT-Bereich – ist dies alles noch Kulturradio?

Und ist die Pflege von Brauchtum, Dialekten, regionaler Identität und Volksmusik keine Kultur? Das wäre vermessen, gleichwohl würden sich viele Verteidiger eines Kulturradios vermutlich mit der Pflege von diesen Themen eher schwer tun.

Auch hier weist Bayern 2 einen recht großen Spagat auf, obwohl diese Inhalte schwerpunktmäßig einem anderen Programm zugeordnet sind.

Und wie steht es mit der kulturellen Pflege der Nachwuchsszene im Rock- und Popbereich? Natürlich haben wir dafür ebenfalls andere Schwerpunktprogramme. Gleichwohl nimmt der legendäre „Zündfunk“ auf Bayern 2 genau jene avantgardistische Rolle ein, die nötig ist, um überhaupt ein Forum für neue Musikentwicklungen im Rock- und Popbereich zu ermöglichen.

Wenn der Begriff Kultur für die Gestaltungsvielfalt einer Gesellschaft über die Grundbedürfnisse an Information hinausgeht, dann müssen wir auch dem Kulturradio einen solchen breiten Stellenwert einräumen.

Wenn ich mich jedoch auf einen sehr engen – aus meiner Sicht elitären – Kulturbegriff der Opernhäuser und Theater, der Literatur und Schönen Künste zurückziehe, dann wäre Kulturradio ein Spartenangebot, das nur einem selbstreferenziellen Marketingeffekt für die Kulturszene entspräche.

In jedem Fall also bedarf es einer Klärung dessen, was wir darunter verstehen. An erster Stelle steht die Forderung:

Wir bilden die Welt so umfassend, vorurteilsfrei und barrierefrei ab wie möglich

Wir wissen, dass unsere Programmstunden befristet sind, ebenso wie die Arbeitskraft der Produzenten und die Aufnahmefähigkeit der Rezipienten. Der Begriff „umfassend“ legt daher nur nahe, dass wir nicht einseitig Fakten traktieren und andere, ebenso relevante Fakten unterschlagen. Trotz Bemühen, vorurteilsfrei zu sein, bin ich ein leidenschaftlicher Anhänger des Kommentars, der in sich nicht ausgewogen sein soll, dem aber zur Ausgewogenheit bei Bedarf ein anderer Kommentar folgen kann.

Barrierefrei heißt, dass wir eine Sprache benutzen, die nicht verklausuliert, sondern entschlüsselt.

Barrierefrei heißt, dass wir uns nicht hinter Bildungsattitüden verstecken, sondern zur Bildung anregen.

Barrierefrei heißt, dass wir nicht mit unserem kulturellen Anspruch Menschen verschrecken, sondern sie zur Kulturrezeption anregen.

Wir belügen nicht unser Publikum

Wir machen zwar Fehler, aber wir legen uns Rechenschaft ab über das Verhältnis von Wahrheit und Wahrhaftigkeit. Mit anderen Worten: Wir vergewissern uns unserer Quellen, die unser Denken und Urteilen speisen und begründen unsere Urteile. Und wir sagen auch, was wir nicht wissen oder nicht wissen können.

Wir bemühen uns um angemessene radiophone Formen und audiophone Standards

Das heißt aber auch, nicht alles muss in 5.1 Technik produziert werden, aber 5.1 Produktionen müssen auch möglich sein. Selbstfahrerstudios und STBRs müssen ebenso möglich sein, wie Produktionen mit künstlerischen Tonmeistern und Tonmeisterinnen.

Wir streben nach einer Quote, die ich als qualifizierende Quote definiere

Wenn eine Gesellschaft vier bis fünf Prozent der Bevölkerung als klassik-affin ausweist, dann möchte ich, dass unser Klassikprogramm in diesem Segment die Mehrheit der Zielgruppe erreicht. In diesem Fall entsprechen für mich 2,5 Prozent Reichweite einer 50-prozentigen qualifizierenden Hörerquote. Entsprechend genrebezogen kann man alle Stunden-, Halbstunden-, ja sogar Viertelstundenreichweiten nach ihrem qualifizierenden Quotienten bewerten. Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Erhebung unserer Hörerzahlen auf ein anderes Messverfahren umgestellt wird. Denn Radio ist das einzige Medium ohne Einzelverkauf in Deutschland, dessen Nutzung bisher nicht elektronisch gestützt wird. Sogar die Nutzung der Plakatwerbung wird zielgruppengestützt mit Scannern erhoben!

Diese Grundpositionen bilden für mich jenen Anspruch auf Radiokultur, die jedem Programm zu eigen sein soll. Deshalb definiere ich diesen Kulturbegriff beim Radio als horizontale Basisleiste, auf der alle einzelnen Programmsäulen beziehungsweise alle Programwellen stehen. Dass sich darunter – zumindest im BR – zwei Wellen, nämlich Bayern 2 überwiegend und BR Klassik fast ausschließlich – der Interpretation von Kultur und der Kulturvermittlung widmen – mag sie als Kulturradio auszeichnen.

Unsere sehr ernüchternde Erkenntnis jedoch zeigt, dass bei einschlägigen Umfragen zur Namensgebung das Attribut „Kultur“ potentielle Hörer eher verschreckt als anlockt. In diesem Sinne, so warne ich, kann das beharren auf dem Begriff „Kulturradio“ dem Ziel einer Barrierefreiheit für alle, die wir für das Radio gewinnen oder die wir am Radio halten wollen, entgegenstehen. Aber das muss ja nicht immer so bleiben.

Literatur. Zensur. Verfolgung.

Wo frei gesprochen und geschrieben wird, sind Zensur, Verfolgung und Vertreibung nicht weit. Bildende Kunst, Musik, Film, Lyrik oder auch Mode, alles nonkonform Kreative, alles Regimekritische, macht Obrigkeiten zornig. Doch wer obsiegt am Ende, die Macht oder das freie Wort?

Zensur ist Drangsal, Gewalt, oft mit Verfolgung, Gefängnis, Folter sogar Tod verbunden. Zensur wird offen betrieben oder gefaked als Literaturförderung durch Lenkung und Leitpläne. Welch ein Glück also ist die Kunst, die Kultur, das freie Wort?! Und was kann man dafür tun?
Eine Antwort auf diese Frage wollte Studienleiter Dr. *Jochen Wagner* in einer gemeinsamen Tagung mit Prof. Dr. *Johano Strasser*, Präsident P.E.N.-Zentrum Deutschland, und *Herbert Wiesner*, Generalsekretär P.E.N.-Zentrum Deutschland, finden. Der Schriftsteller, Autor und Rundfunksprecher *Gert Heidenreich* hielt den Einführungsvortrag. Nachfolgend ein Auszug:

„In unterschiedlichem Maß sind die Freiheit von Presse, Kunst und öffentlich geäußerter Meinung in jeder Gesellschaft gefährdet oder bedroht“, fasste *Gerd Heidenreich* seine Ausführungen zusammen.

Gert Heidenreich:

„Sire, Geben Sie Gedankenfreiheit!“

Vermutungen über die Macht des Wortes

(...) Es gibt keine Harmonie zwischen der Geistesfreiheit des Individuums und den kollektiven Sicherheits-Interessen, wie sie nach Lage der Dinge von Machtinhabern definiert werden; und im Zweifel tendiert jede Regierung, jede Justiz eher zur Zensur als zur geistigen Freiheit.

Dass die Gedanken frei sind, weiß nicht nur das Volkslied aus der Zeit vor der Französischen Revolution; auch wer regiert, muss das wissen, und meistens werden daraus drei Schlüsse gezogen: Gut ist es, die freien Gedanken zu kennen; ratsam ist es, entzündliche Gedanken präventiv zu löschen; wünschenswert ist es, ihre Formulierung zu unterbinden.

Wie man das macht, ist eine Frage der Staatsform, der Verfassung, der politischen Intelligenz und der juristischen Raffinesse. Verfassungstexte führen in dieser Frage gewöhnlich mit hochtönenden Formulierungen in die Irre.

Wenn wir unvoreingenommen über Meinungs- und Äußerungsfreiheit, ihre Bedingungen und Folgen nachdenken wollen, sollten wir nicht glauben, es gäbe Staaten oder Staatsformen, die den Verzicht auf Zensur tatsächlich für unabdingbar halten. Das Gegenteil ist wahr und wirklich: In unterschiedlichem Maß sind die Freiheit von Presse, Kunst und öffentlich geäußerter Meinung in *jeder* Gesellschaft gefährdet oder bedroht. Auch in Demokratien, wenn sie denn nicht nur so heißen, ist der Kopf des Bürgers ein Objekt der Begierde. Gebärdet er sich freigeistig, gilt es, ihn auszuhorchen: entweder erkennbar zum Zweck seiner Einschüchterung oder, um keine schlafenden Hunde zu wecken, möglichst von ihm unbemerkt.

Im Unterschied zu absolutistischen Staaten sind in Gesellschaften wie der unsrigen dazu ausführende Gesetze nötig, um den Anschein der Legalität nicht zu beschädigen. Zuweilen genügen aber, wie die bundesdeutsche Geschichte zeigt, behördlich installierte Gremien; gelegentlich auch Parteikampagnen oder schlichte Vereinigungen selbsternannter Hüter von Moral und Sitte, und häufig braucht es nicht einmal die – weil vorauseilender Gehorsam in den Medien, im Buchhandel und in Bibliotheken das Geschäft der Zensur besorgt.

Methoden und ihre Folgen sind freilich durchaus unterschiedlich – sie reichen von Indizierung, Verfemung, Aussortierung und Secretierung über Buchhinrichtungen und Verbrennungen bis zur gezielten Marginalisierung, Gefangennahme oder Ermordung von Autoren. Die zugrunde liegende Regel aber ist stets dieselbe: Ihre alterslose Gültigkeit hat Goethe 1829 treffend in den *Wanderjahren* seines *Wilhelm Meister* aussprechen lassen: „Zensur und Preßfreiheit werden immerfort miteinander kämpfen. Zensur fordert und

Foto: boersenblatt

übt der Mächtige. Preßfreiheit verlangt der Mindere. Jener will weder in seinen Plänen noch in seiner Tätigkeit durch vorlautes widersprechendes Wesen gehindert, sondern gehorcht sein; diese wollen ihre Gründe aussprechen, den Ungehorsam zu legitimieren."

Dass Goethe, der übrigens Zensur in gewissem Maße für notwendig, ja sogar förderlich für die Kunst hielt, die Bewertung der Äußerungsfreiheit auf Gehorsam und Ungehorsam bezieht, hat nicht allein mit den politischen Umständen seiner Zeit zu tun. Ungehorsam ist seit jeher, meist in schönfärbende Synonyme verpackt, die Begründung für Maßnahmen gegen die Freiheit des Wortes – seien diese Maßnahmen nun als Vorzensur zur Verhinderung einer Publikation oder als Nachzensur zur Vernichtung einer Publikation in Vollzug gesetzt. (...)

Die Vernichtung der Erinnerung ist die älteste uns bekannte Form nachträglicher Zensur, um 1468 v. Chr., als im *Alten Reich* Ägyptens Thutmosis III die Namenskartuschen seiner Vorgängerin Hatschepsut ausmeißeln lässt. Und schon hier gibt sich die Dummheit des Verfahrens zu erkennen. Denn die Leerstellen verweisen unübersehbar auf die fehlende Königin. „Sie ist abzulesen, weil da nichts ist, wo sie sein soll", schreibt Ingeborg Bachmann dreieinhalb Jahrtausende später (...)

Die ungeheure Angst vor dem freien Wort hat etwas mystisches, sie ist, zumal im zwanzigsten Jahrhundert, kaum begründbar. Und doch ist sie so wirksam, dass sich die Tradition der Nachzensur, in der noch der vatikanische Index steht, mehr und mehr verlagert in Richtung präventiver Unterdrückung. Die nachträgliche Vernichtung des Wortes genügt nicht mehr, Vorzensur soll die Werke der Autoren aus der Öffentlichkeit fernhalten, ja möglichst schon ihren Entwurf verhindern. Wo dies nicht gelingt, sind Vertreibung, Inhaftierung und Mord die Mittel der Wahl. Darin sind sich alle Diktaturen gleich. Man will eine systemkonforme Literatur, die feiert, was gute Autoren eigentlich verabscheuen müssten.

Was etwa die Nazis dadurch gewannen, dass sie sich aus der Kulturgeschichte, zu der Deutschland bis zu ihrem Machtantritt gehörte, verabschiedeten, war eine affirmative, überwiegend todlangweilige, kitschige Propagandaliteratur einerseits und eine erzwungene Verinnerlichung andererseits, die literarisch weitgehend unergiebig blieb. Eine öffentliche deutsche Literatur, die diesen Namen verdient, existierte zwischen 1935 und 1945 kaum mehr auf deutschem Boden. Was die exilierten Schriftsteller bereitwillig zurückließen, war das Pathos der sich selbst bewundernden Paladine. Man lese ein paar Seiten des Kitschromans *Michael – Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern*, den Joseph Goebbels 1929 in München publizierte, und man sieht sofort, was und wen er vernichten musste, um vor sich selbst sprachlich bestehen zu können.

Erstaunlich ist, dass die in Diktaturen und Pseudodemokratien genehmigte und gewünschte Literatur vom System selbst nicht als wertlos erkannt wird. Im Grunde könnte jeder Zensor wissen, dass Texte, die er durchgehen lässt, nur das Niveau seiner Vorschriften haben können, interessante Literatur aber seine Genehmigungsschwelle übersteigen müsste. Vielleicht liegt darin der Grund für die Furcht vor dem freien Wort: Was sich den Kriterien der behördlichen Zustimmung entzieht, ist nicht definierbar, also nicht einzugrenzen; während man die abgesegneten Manuskripte schon im Moment ihrer Genehmigung für erledigt halten müsste. Wer Zustimmungsliteratur und Jubelpresse erzwingt, lebt mit dem Verdacht, dass dahinter ungeäußerte Sätze lauern, die vom Kaiser ohne Kleider erzählen.

Kein Wunder, dass die Suche nach neuen Lösungen einsetzte und endlich in der DDR in einer Amalgamierung von Zensur und Selbstzensur mündete: Sie bestand darin, Schriftsteller durch Verlagslektoren und Organisationen, durch Beschränkungen oder Belohnungen zur ‚Einsicht' zu bringen, auf den rechten Weg, auf Linie also. Wer sich nicht durch Kontrolle ‚fördern' lassen wollte, hatte schlechte Karten bei der Papierzuteilung für Buchprojekte. Geschickt verband man Verleger, Redakteure und Autoren in einem Zensursystem, das am Ende aussehen sollte wie Selbstkontrolle durch Überzeugung. (...)

Artikel 5 unseres Grundgesetzes von 1949, das jedem von uns das Recht auf freie Information und Meinungsäußerung zuspricht, endet mit einem Satz wie eine Fanfare: „Eine Zensur findet nicht statt."

Das ist zwar nicht ganz so gelogen wie es der ähnlich lautende Passus in der DDR-Verfassung war, doch kann man mit Fug und Recht behaupten, es handle sich angesichts der politischen und gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik um eine unhaltbare Behauptung.

Wollte man sie haltbar machen, müsste man umständlich ausführen: *Es gibt keine staatliche Behörde für Vorzensur. Versuche zur Vorzensur können jedoch jederzeit von Privatpersonen, Vereinen, Parteien, Institutionen unternommen werden. Desgleichen darf Nachzensur aus den unterschiedlichsten Gründen angestrebt und erfolgreich durchgesetzt werden. Näheres regelt das Strafgesetzbuch.* (...)

Die Macht des Wortes beruht im Wesentlichen auf zwei seiner Möglichkeiten: Die Wahrheit der Zustände möglichst unverstellt und unvoreingenommen zu formulieren; und vom Schicksal des Menschen wahrhaftig und bewegend zu erzählen. Damit diese Kraft der Worte auch im Zeitalter perfekt beherrschbarer Massenmedien fortbestehen kann, ist äußerste Wachsamkeit gegenüber jedem Beschränkungsversuch nötig. Dass die Zensoren noch immer gegen alle geschichtliche Erfahrung glauben, sie könnten ein Wort, das einmal in der Welt ist, wieder zurückholen oder die Ideen und die Kunst eines Schriftstellers mit seinem Leben auslöschen, spricht für die sture Dummheit des Zensurgewerbes und seiner vielen brutalen Helfer. Ihnen entgegenzutreten, war und ist eine der Pflichten der Freiheit.

Den vollständigen Vortrag von Gert Heidenreich finden Sie als download auf seiner homepage unter folgendem Link: **http://www.gert-heidenreich.com/41317/43080.html**

VOLXKLANG – MUSIK · KULTUR · REGION

Für die Evangelische Akademie Tutzing war es das Betreten eines neuen künstlerischen Terrains, als sie am 15. und 16. September 2012 Gastgeberin für ein Festival der „neuen Volksmusik" war. Volksmusik, die ein „X" in ihrem Titel trägt, versteht sich als Musikrichtung, bei der sich virtuose Musiker auf zeit- und selbstbewusste Weise mit Tradition auseinandersetzen und dabei musikalische Grenzgänge erproben.

Über das bunte und vielstimmige Musikereignis verfasste *Markus Springer*, Kulturredakteur beim Sonntagsblatt - Evangelische Wochenzeitung für Bayern, den nachfolgenden Bericht:

Markus Springer

Schwarzfahrer der Volksmusik

„Neue Volksmusik" oder „Volksmusik mit X" - was genau das ist, kann keiner so recht sagen. Aber was sie nicht ist: weder „volkstümliche" Kommerzmusik aus dem Musikantenstadl noch akademisch erstarrte „klassische" Volksmusik. In der Evangelischen Akademie Tutzing, wo einst die legendäre „Biermösl Blosn" eines ihrer ersten Konzerte gab, traf sich die aktuelle Generation der „Neuen Volksmusik" beim ersten „volXklang"-Festival.

Rechtzeitig zum ersten „volXklang"-Festival hat auch das Wetter mitgespielt. Vor der Kulisse von Starnberger See und schneebedeckter Alpenkette zeigt sich die Evangelische Akademie Tutzing von ihrer prachtvollsten Seite.

Extra nach Andechs sei er dafür gepilgert, sagt „volXklang"-Veranstalter *Markus Lobis* lachend. Früher im Sportmanagement unter anderem für das Biathlon-Großereignis von Antholz zuständig, hat sich der 50-jährige Marketing-Fachmann aus Brixen vor einigen Jahren selbstständig gemacht und macht jetzt „nur noch Sachen, wo ein Sinn dahintersteckt und die mir Freude machen."

Künstlerische Leiterin des „volXklang"-Projekts ist die Brixener Komponistin *Manuela Kerer* (32). Um die Sache mit der „Neuen Volksmusik" auf den Punkt zu bringen, zitiert sie den kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs ermordeten französischen Politiker und Historiker Jean Jaurès: „Tradition pflegen heißt nicht Asche aufbewahren, sondern Glut am Glühen halten." Für die beiden „volXklang"-Spielorte, die Trostburg im südtiroler Eisacktal und am folgenden Wochenende die Evangelische Akademie Tutzing,

Foto (li.): Haist, // Foto (re.) Schwanebeck

hat sie neben renommierten Gruppen aus dem Alpenraum auch Künstler aus Italien und aus Afrika eingeladen, neben Alphornbläsern aus Machtlfing steht auch der bayerisch-sumatranische Experimentalgitarrist Ardhi Engl auf dem Programm.

Landler in Moll mit Jazz-Anklängen

Die österreichische Formation „Faltenradio" besteht aus vier „studierten Klarinettisten", die so renommierten Ensembles wie den Wiener Philharmonikern oder den Wiener Symphonikern angehören. Sie spielen aber auch Bassetthörner oder eben „Faltenradio". Quetschn, Ziachorgel, Zerrwanst oder Faltenradio - das volksmusikalische Kerninstrument „Steirische Harmonika" trägt viele liebevolle Bezeichnungen.

Radikaler und urwüchsiger noch als „Faltenradio" beschwört die Meraner Gruppe „Opas Diandl" mit Titeln wie „Af do Olm do gibs Absinth (Auf der Alm, da gibt's Absinth)" oder „Suppenschlerfer" das Anarchische, Wilde, Ungezähmte aber ebenso das Poetische und Fantasievolle der alpinen volksmusikalischen Tradition.

„Wir wollten den Weltmusikcharakter", sagt *Manuela Kerer* auf die Frage, warum auch die afrikanische Perkussionsgruppe „Osumare Drums" oder der italienische Gitarrist Aronne dell'Oro zum Programm gehören. „Und in Afrika ist unsere Musik Weltmusik." Wie könnten die springenden Rhythmen eines Zwiefachen oder gellende Jodler in afrikanischen Ohren klingen? Versucht man sich das vorzustellen, wird schnell das Archaisch-Kraftvolle alpiner Volksmusik deutlich.

„volXklang"-Macher *Markus Lobis* hat einen „Trend zur progressiven Volksmusik" festgestellt. „Das hat auch mit der Globalisierung zu tun, weil die auch eine kulturelle ist. Die Menschen wollen weg vom Dekor, in Richtung Authentizität, Charakter, Tradition."

Was also ist das: Volksmusik „mit X" oder „Neue Volksmusik"? Schwer zu sagen, findet auch *Lobis*. „Eigentlich kann man nur sagen, was sie nicht ist." Nämlich weder „volkstümlich" (und in Lobis' Südtiroler Dialekt klingt das wie „volksdümmlich") noch „klassisch-akademisch". Die volkstümliche Musik à la Musikantenstadl verkaufe ein Idyll, an das sie selbst nicht glaube, sagt *Lobis*. Und die oft in festen Formen erstarrte „akademische Volksmusik" lasse den Künstlern relativ wenig Gestaltungsspielraum.

Was „Volksmusik mit X" ist, bringt am Abend auf der Tutzinger Bühne am treffendsten der Südtiroler *Herbert Pixner* auf den Punkt. Als sein Trio zu einem Landler in Moll mit Jazz- und Balkan-Anklängen ansetzt, sagt er: „Für so was werden wir ja immer wieder geschimpft von der Volksmusik-Polizei: Die nehmen uns dann den Schein ab für einen Monat. Aber das ist uns relativ wurscht. Wir fahren schwarz."

Bundesjustizministerin
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eröffnete
das Festival

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

**eine geballte Ladung außergewöhnlicher Musik erhält Zugang in das wunderschöne Ambiente der Evangelischen Akademie Tutzing.
Das ist, in der Tat, eine sehr glückliche Fügung!**

Während orientalischen, südländischen oder volkstümlichen Klängen gelauscht wird, suchen sich ruhige Wellen des Starnberger Sees Ausklang am seichten Ufer. Eine perfekte Symbiose, die nicht nur dem Ohr, sondern auch dem Auge schmeicheln wird.

„Die Musik drückt das aus, was nicht gesagt werden kann und worüber zu schweigen unmöglich ist." So hat es einmal Victor Hugo ausgedrückt.

Und wie könnte man über diese einzigartige Verbindung aus regionaler Musikkultur und außergewöhnlichen Arrangements aus fernen Ländern schweigen?

Die besondere Musik des volxklang-Festivals spricht für sich selbst. Von afrikanischen Rhythmen bis zu bayerisch-sumatranischen Klangstudien, althergebrachten Alphornbläsern und der Tutzinger Gilde: Die Verbindung zwischen alpenländischer Tradition und experimenteller Musik ist so einzigartig wie reizvoll.

Ich darf hiermit das volxklang-Festival eröffnen und wünsche Ihnen gute Unterhaltung – musikalisch wie visuell!

Pixner ist ein Akkordeon-Virtuose, der seiner speziell für ihn angefertigten „Diatonischen" die wildesten und die zartesten Klänge entlockt. Daneben brilliert der Musiker aus dem Passeiertal auch an der Klarinette und am Flügelhorn. Sein „Herbert Pixner Projekt" ist ein Gesamttiroler Familienunternehmen: Bassist Werner Unterlercher kommt aus Osttirol, Pixners Schwester Heidi ersetzt an der „Tiroler Volksharfe" die etatmäßige Harfenistin Katrin Aschaber, eine Nordtirolerin, die derzeit vom Bassisten ein Kind erwartet.

Der Spagat zwischen traditioneller, alpenländischer Volksmusik, eigenen Kompositionen, improvisierten Weltmusikklängen mit Ausflügen in Blues und Jazz - im mit rund 500 Menschen gut gefüllten Zelt im Tutzinger Schlosspark gelingt er Pixner und Co. auf hinreißende Weise.

Eineinhalb Stunden spielen die drei Herbert Pixners aktuelle CD „Na und?!" Und auch wenn *Herbert Pixner* kein politisches Kabarett macht - mit seinen witzig-galligen Moderationen hat er den Saal spielend im Griff.

Vielleicht ist es das, was viele Menschen bairischer Zunge von Wien über Südtirol bis in die Oberpfalz gemeinsam haben: Skepsis gegenüber den Mächtigen und eine gewisse Lust zur anarchischen Dissidenz. Eine solche jedenfalls verbindet die Macher der „Neuen Volksmusik" von der ersten bis zur heutigen Generation.

Bayerns erste volksmusikalische Schwarzfahrer kamen vor rund 35 Jahren aus einem kleinen Dorf zwischen München und Augsburg, das in der Nähe eines „Biermooses" liegt. Und sorgten schnell bei der im Lande herrschenden Partei für Verdruss („Gott mit dir, du Land der BayWa"). Die musikalische Großfamilie Well brachte aber nicht nur die legendäre „Biermösl Blosn" hervor. Bald stiegen auch drei Well-Schwestern als „Wellküren" in die Fußstapfen ihrer Brüder.

Udo Hahn, seit einem Jahr neuer Akademie-Direktor, verweist nicht ohne Stolz darauf, dass die „Biermösl Blosn" eines ihrer ersten Konzerte damals in der Evangelischen Akademie Tutzing gab. „Nun erleben wir in Tutzing eine neu inspirierte Generation der Volksmusik mit X."

Bewusst will er die Akademie für das örtliche Publikum öffnen: „Wir bekennen uns zu dieser Region. Und wir sind ein guter Ort, Menschen zusammenzubringen." Die Akademie unterstützt das Festival der „Neuen Volksmusik" nach Kräften und hat bereits eine Neuauflage im kommenden Jahr zugesagt. 300 Karten im Vorverkauf und abends ein volles Zelt stimmen den Akademie-Direktor nicht unzufrieden.

Bevor das italienische Gitarrenduo Aronne dell'Oro / Alberto Pirovano mit fein arrangierten Volksliedern aus Apulien, den Marken und Neapel den Premierenabend eröffnet, betritt noch eine leibhaftige Bundesministerin die Bühne für ein Grußwort.

Dass Bundesjustizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* das „volXklang"-Festival mit ihrer Anwesenheit beehrt, liegt aber nicht nur daran, dass sie in Feldafing wohnt und als Kuratoriumsmitglied eine besondere Beziehung zur Evangelischen Akademie Tutzing hat. Irgendwie wurde das „volXklang"-Projekt bei einem Geburtstagsfest sogar im Garten der Ministerin geboren. Eine frühere Mitarbeiterin ist heute die Frau des Südtiroler Kulturmanagers *Lobis*. Der kam auf dem Fest mit Tutzings Bürgermeister *Stephan Wanner* ins Gespräch über die „Neue Volksmusik". Und dann war schnell der Kontakt zur Evangelischen Akademie Tutzing hergestellt.

„Neue Volksmusik" - über Kleinkunstbühnen hinaus und kommerziell erfolgreich

Ein Familienfest also, man kennt sich. Auch unter den Musikern, denn auch der italienische Gitarrist *Aronne dell'Oro* ist ein Südtiroler - jedenfalls ein Meraner, wo er aufgewachsen ist und sich die beiden großen Sprachgruppen Südtirols heute etwa die Waage halten. Aus Meran kennt und schätzt *dell'Oro* die alpine Volksmusik – „aber musikalisch ist das eben nicht meine Heimat", sagt er.

Dass sich lebendige „Folk"-Traditionen aber dennoch gegenseitig musikalisch befruchten, das hat schon die erste Generation der „Neuen Volksmusik" von Hubert von Goisern über das oberösterreicherische Duo „Attwenger" oder den Niederbayer Hans-Jürgen Buchner und „Haindling" gezeigt.

Durch kreative Künstler belebte volksmusikalische Tradition hat schon vor ihrer Herkunft etwas Antibürgerliches, sie ist „Kunst jenseits der Erbauung und Stachel im bürgerlichen Fettfleisch", wie Kulturmanager *Lobis* sagt.

Für „volXklang"-Macherin *Manuela Kerer* zeichnet die Künstler der „Neuen Volksmusik" ihr „zukunftweisender Umgang mit tradierten musikalischen Elementen" aus. *Herbert Pixner*, der sich selbst als „Musikant" bezeichnet, sagt selbstbewusst: „Tradition ohne mich gibt's nicht."

An München schätzt *Pixner*, der regelmäßig in der bayerischen Landeshauptstadt auftritt, Lokale wie das Fraunhofer, den Schlachthof oder früher das Hinterhoftheater. Im Vergleich zu Südtirol sei die Kleinkunstszene in Bayern sehr vital.

Doch wie das Beispiel „LaBrassBanda" zeigt, ist die „Neue Volksmusik" inzwischen weit über die Kleinkunstbühnen hinaus und auch kommerziell erfolgreich. Die aus Übersee am Chiemsee stammende bayerische Blasmusik-Gruppe hat die deutschen Popmusik-

Opas Diandl

Aronne dell'Oro (3.v.l.) und Alberto Pirovano (2.v.l.) mit der Gruppe Opas Diandl.

Fotos: Haist

Charts erklommen und füllte im vergangenen Herbst bei einem Konzert die Münchner Olympiahalle.

Welche Rolle spielt der bayerische Dialekt in seinen vielen Formen von Wien über Bozen bis in die Oberpfalz für die „Volksmusik"? Die Münchner Blechbläser-Rap-Marching-Band „Moop Mama", entdeckt und gefördert vom Musik-Label, das zu einem Drittel dem früheren FC Bayern-Star Mehmet Scholl gehört, ließe sich von ihrer Instrumentenbesetzung und ihren politisch-kritischen Texten durchaus zur „Neuen Volksmusik" rechnen. Doch „Moop Mama" kommt, wie sich das für echte „Isar-Preißn" aus der Landeshauptstadt gehört, völlig dialektfrei daher und spielt daher nach eigener Auffassung „Urban Brass", also „städtische Blasmusik".

Bei den deutschsprachigen Südtirolern gehört der Dialekt zur Identität. Seine Sommer verbringt *Herbert Pixner* als Senner auf Schweizer und Südtiroler Almen - bei harter Arbeit und um in der Abgeschiedenheit der Berge so poetische „Stückl" schreiben zu können wie „Morgenrot".

„Wichtiger als alle Preise ist mir", sagt *Herbert Pixner*, „wenn bei einem Konzert die Menschen zwei Stunden geflogen sind und danach ein altes Bäuerle dasitzt und sagt: 'Sonscht gang i mehr zum Törggelen, aber heint hots mer a gfolln.'"

(Der Bericht wurde erstveröffentlicht im Sonntagsblatt vom 23. September 2012, S. 26-27)

www.volxklang.eu
www.herbert-pixner.com
www.faltenradio.at
www.labrassbanda.com

Tanz auf der Seeterrasse, dargeboten vom Nachwuchs der Tutzinger Gilde

Foto: Haist

Was tun, wenn das Erdöl ausgeht und das Wetter verrückt spielt?

Transformateure – Akteure der Großen Transformation

An den Tankstellen stöhnen die Verbraucher. Die Ölpreise steigen. Das Erdölfördermaximum, der Peak Oil, ist erreicht. Jetzt heißt es, einen kühlen Kopf zu bewahren, um den Übergang zur Großen Transformation von der bisherigen Nichtnachhaltigkeit zu einer nachhaltigen Entwicklung verträglich zu gestalten.

Es ist ein ungewöhnliches Bündnis von Personen aus Politik, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Medien, Kirchen, Klima-, Energie- und Mobilitätsexperten, die die Große Transformation in unserer Gesellschaft voranbringen wollen. Es gilt, die Herausforderungen der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen anzunehmen und wirksame Sofortmaßnahmen zum Ergreifen eines neuen umweltbewussteren Lebensstils aufzuzeigen.

Am 8. Mai 2012 stellten die Transformateure in München ihre Anliegen auf einer Pressekonferenz erstmals der Öffentlichkeit vor. Die Diskussion leitete Studienleiter Dr. *Martin Held*, Koordinator des Gesprächskreises „Transformateure - Akteure der Großen Transformation". Lesen Sie nachfolgend einen Auszug aus dem „12-Punkte-Programm, um den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu senken":

Eine wirkliche Energiewende erfordert nicht nur den Ausstieg aus der nuklearen Stromerzeugung, sondern – genauso wichtig und grundlegend – den Ausstieg aus der Nutzung von fossilen Energiequellen vor allem von Erdöl. Der wichtigste Treibstoff für den Verkehr wird immer knapper und teurer. Auch die verarbeitende Industrie ist stark abhängig von dieser Ressource. Deshalb müssen in allen Politikfeldern Anreize gesetzt werden, die helfen, den Energieverbrauch zu senken und alternative Energiequellen zu nutzen. Für den fast völlig vom Erdöl abhängigen Verkehrsbereich erfordert das nichts weniger als eine Verkehrswende: von der fossilen Verkehrspolitik zu einer postfossilen Mobilitätspolitik.

Das folgende Zwölf-Punkte-Programm ist nicht abschließend. Alle Forderungen betreffen Maßnahmen, die sofort umsetzbar sind. Diese sind selbstverständlich mit weitergehenden, mittel- und langfristigen Instrumenten zu ergänzen.

1. Dienstwagenprivileg streichen

Der Dienstwagen zur privaten Nutzung ist eine der häufigsten Nebenleistungen zum regulären Einkommen in Deutschland. Eine Untersuchung des Bundesumweltministeriums von 2011 hat ergeben, dass mehr als 50 Prozent aller neuen Pkw als Firmenwagen zugelassen wird. 2,5 Millionen aller in Deutschland zugelassenen Autos sind Firmenwagen. Das Dienstwagenprivileg stellt damit in Deutschland die größte Steuervergünstigung dar, die vor allem Besserverdienern zugutekommt. Dies kostet den Staat pro Jahr bis zu 5,5 Milliarden Euro.

Forderung:

Dienstwagen und Privatwagen müssen steuerlich gleichbehandelt werden. Dies würde automatisch zu einer stärkeren Nutzung von verbrauchsärmeren Fahrzeugen führen, weil sich viele Arbeitnehmer nicht mehr so große Autos leisten können. Positiver Nebeneffekt: CO2-Einsparungen von 3,2 bis 6,4 Millionen Tonnen. Die Autoindustrie würde sich an den neuen Bedarf automatisch anpassen. (Freiwerdende Steuermittel für Umschichtung: bis zu 5,5 Milliarden Euro pro Jahr).

2. Pendlerpauschale streichen

Das Bundesfinanzministerium hat Pendler im vergangenen Jahr mit insgesamt 4,4 Milliarden Euro subventioniert. Die Beihilfe ist letztendlich eine Beihilfe zur Energieverschwendung. Es geht darum, die Mittel zielgerichtet für die Förderung des Öffentlichen Verkehrs im ländlichen Raum einzusetzen und dementsprechend umzuschichten.

Forderung:

Die Pendlerpauschale wird in ihrer jetzigen Form abgeschafft und durch eine Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel ersetzt. Autofahrer sollten eine Entfernungspauschale ohnehin nur in absoluten Härtefällen bekommen, etwa bei Nachtschichtbetrieb u. ä. – ohnehin sollte man eine Entfernungszulage allenfalls für Geringverdiener in Erwägung ziehen. (Freiwerdende Steuermittel für Umschichtung: 4,4 Milliarden Euro).

3. Tempolimit einführen

Der Kraftstoffverbrauch von Fahrzeugen nimmt bei hohen Geschwindigkeiten stark zu, das gilt entsprechend für die CO2-Emissionen. Der gesamte Verbrauch kann durch ein Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen deutlich gesenkt werden. In nahezu allen Ländern gilt inzwischen ein Tempolimit, nur in Deutschland nicht. Tempo 30 innerorts reduziert die bisherige Privilegierung des motorisierten Verkehrs und damit die Privilegierung der Ferne gegenüber der Nähe. Das macht aktive Mobilität attraktiver und

reduziert damit den Autoverkehr im Nahbereich. Positiver Nebeneffekt: Auch die Unfallgefahr für Fußgänger und Radfahrer ist niedriger bei Tempo 30 innerorts.

Forderung:

Tempo 120 km/Std. auf Autobahnen, 80 km/Std. auf Landstraßen, 30 km/Std. in Ortschaften. Mit dieser Sofortmaßnahme ließe sich der gesamte Verbrauch an Benzin und Diesel auf einen Schlag deutlich reduzieren.

4. Jährliche Klimaschutzziele setzen

Die Zeitziele liegen viel zu weit in der Zukunft, so dass die jetzige Regierung dafür keine Verantwortung übernehmen muss – 30 Prozent oder 40 Prozent bis 2020, 80 Prozent bis 2050. Was fehlt, ist die Festlegung verbindlicher jährlicher Ziele, also etwa 1, 2 oder 3 Prozent CO2-Reduktion oder Energie-Effizienzsteigerung etc. pro Jahr, damit die langfristigen Ziele sicher erreicht werden.

Forderung:

Langfristige Klimaschutzziele werden durch jährlich überprüfbare (notfalls auch sanktionierbare) Ziele ergänzt. So lässt sich in gleichem Maße auch der Verbrauch von fossilen Brennstoffen allgemein senken. In diesem Sinne müssen auch konkrete jährliche Ziele für die Reduktion des Ölverbrauchs festgelegt werden.

5. Energielabel und Energiesparkampagnen

Die heutigen Informationen für Konsumenten bezüglich des Energieverbrauchs von Geräten und Fahrzeugen sind ungenügend bis irreführend. Beispiel Auto: Angeblich ist ein Porsche effizienter als ein Kleinwagen!

Forderung:

Verpflichtende Energieverbrauchslabel für alle energieverbrauchenden Produkte mit Aussagekraft (statt green washing). Wirkungsvolle öffentlich geförderte Energiesparkampagnen mit dem Ziel, den Gesamtenergieverbrauch des Landes tatsächlich merklich zu senken.

6. Gesetze, Verordnungen, öffentliche Investitionen

Gesetze und Verordnungen werden in aller Regel beschlossen, ohne die künftige Verfügbarkeit von fossiler Energie und den Klimawandel im Auge zu haben. Höhere Investitionskosten, die zu künftig reduzierten Energiekosten führen, haben sehr häufig keine Chance.

Forderung:

Alle Gesetze, Verordnungen und öffentlichen Investitionen müssen die Folgen für den Energieverbrauch (insbesondere auch Ölverbrauch) und für klimarelevante Emissionen ausweisen und quantifizieren.

7. Öffentliche Verkehrsnetze ausbauen

Die DB Netz AG der Bahn konzentriert sich beim Streckenausbau auf teure Prestigestrecken wie etwa die ICE-Verbindung Nürnberg-Erfurt, Erfurt-Halle-Leizig (8 Milliarden Euro). Verglichen damit werden viele ländliche Regionen vernachlässigt. D.h. ländliche Gebiete müssen in Zukunft wieder besser Anschluss finden.

Forderung:

Der Netzausbau der Schiene muss völlig neu strukturiert werden. Der Staat muss hier wieder mehr Verantwortung übernehmen. Welche Strecken wie betrieben und ausgebaut werden, muss der öffentlichen Kontrolle unterliegen und sich an klaren Fakten orientieren. Der öffentliche Verkehr wird in Zukunft wichtiger sein als die individuelle Mobilität. Der Ausbau eines feinmaschigen Bahnnetzes muss Priorität haben. In Ballungsräumen müssen etwa S-Bahn, Bus-Netze (E-Bus) und der Einsatz moderner Informationstechniken verstärkt werden. Aufbau eines Schienennetzes für den Güterverkehr, das möglichst unabhängig vom Personenverkehr betrieben werden kann.

8. Mehr Platz für Radfahrer schaffen

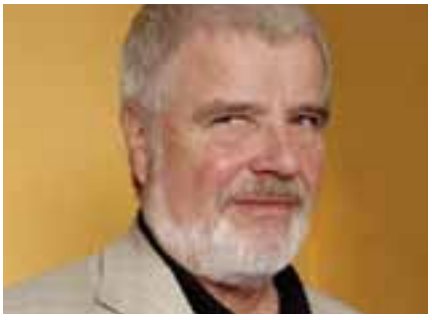
Im Ruhrgebiet wird die erste „Schnellstraße" für Radfahrer geplant – ein Ausnahmeprojekt. Der Fahrrad-Highway soll möglichst wenig Steigungen haben und auch bei Nacht beleuchtet sein. Die Planer rechnen mit zwei Millionen potentiellen Nutzern. Immer mehr Radfahrer fahren E-Bike, eine Alternative zum Auto. Doch der Straßenverkehr ist auf das wachsende Verkehrsaufkommen durch Fahrräder nicht eingestellt. Es fehlen der Platz zum Fahren auf den Straßen und attraktive Abstellmöglichkeiten.

Forderung:

Wir brauchen neue Verkehrskonzepte und eine neue Straßen- und

Silvia Liebich,
Journalistin, Süddeutsche Zeitung, München:
„Die Zeitspanne, in der fossile Brennstoffe wie Erdöl in scheinbar unbegrenzter Menge zur Verfügung stehen, ist begrenzt. Einen großen Teil der Reserven hat die Menschheit bereits verbraucht. Doch was kommt danach? Sicher ist, die Wende kommt – und die Landung wird hart sein, wenn die Weichen für eine neue Energiepolitik nicht rasch gestellt werden."

Dr. *Martin Held*,
Studienleiter für Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung an der Evangelischen Akademie Tutzing:
„Wir stehen 2012 am Anfang vom Ende des fossilen Zeitalters. Peak Oil, Klimawandel und Bodendegradation bei noch steigender Weltbevölkerung erzwingen einen Umbruch. Wir haben gemeinsam die Verantwortung, diese Große Transformation verträglich zu gestalten. In allen Schichten der Bevölkerung, allen Bereichen der Wirtschaft, allen politischen Gruppierungen sind für diese Aufgabe Transformateure gesucht."



Jörg Schindler,
Autor, ehem. Geschäftsführer der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH:
„Peak Oil bedeutet: In Zukunft haben wir weniger fossiles Öl, von Jahr zu Jahr.
Der moderne motorisierte Verkehr ist nichtnachhaltig: zu Lande, zu Wasser und in der Luft.
Damit die Menschen mobil bleiben können, brauchen wir jetzt den Übergang vom fossilen Verkehr zur postfossilen Mobilität."

Foto (li.): privat, Fotos (mitte und re.) Schwanebeck

Wegegestaltung, die Platz für Radfahrer schaffen, vor allem in den Städten. Auch auf Landstraßen und Mittelstrecken in Ballungsräumen fehlen Radwege. Außerdem: Auch E-Bikes brauchen Ladestationen!

9. Energetische Gebäudesanierung beschleunigen

Die Beheizung von Gebäuden verbraucht neben dem Straßenverkehr die meiste Energie. Durch eine gute Isolierung lässt sich der Verbrauch bei manchen Gebäuden auf 10 Prozent ihres jetzigen Bedarfs senken. Die Bundesregierung hat letztes Jahr mit der Energiewende ein Paket zur Wohnbausanierung auf den Weg gebracht, das noch immer im Bundesrat liegt. Ziel ist es, pro Jahr 2 bis 2,5 Prozent des Gebäudebestandes zu sanieren, so dass bis 2050 das Gröbste erledigt wäre. Besonders hoch ist der Bedarf bei öffentlichen Gebäuden und Mietobjekten. Positiver Nebeneffekt: Dies wäre auch ein Konjunkturprogramm für das Handwerk.

Forderung:

Das Programm muss endlich im Bundesrat verabschiedet werden. Damit kann die KfW ihr Angebot an zinsgünstigen Krediten für Hausbesitzer aufstocken, um Eigentümer zu unterstützen.

10. Plastikverbrauch senken und Recycling weiter verbessern

Etwa 20 bis 30 Prozent des Erdöls gehen in die chemische Industrie zur Herstellung von Kleidung, Pharmazeutika, Verpackungen, Möbel, Geräte aller Art, Kosmetik etc.

Forderung:

Hier gibt es erhebliches Einsparpotential, vor allem im Bereich Verpackungen. Zugleich muss die Forschung für Ersatzstoffe, die umweltfreundlich und wiederverwertbar sind, ausgebaut werden. Auch in Sachen Recycling sind längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

11. Technologiewandel beschleunigen und unterstützen

Elektromotoren und Hybridantriebe sollen Brennstoffmotoren für Benzin und Diesel im großen Stil ersetzen. Doch beide Technologien brauchen Infrastruktur. Die Bundesregierung will bis 2020 mindestens eine Million Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen haben. 2030 sollen es bereits 6 Millionen sein. Geplante Entlastung: E-Mobile, die bis 2015 zugelassen werden, sollen 10 Jahre von der Kfz-Steuer befreit sein und etwa kostenlos parken dürfen (Studie Öko-Institut 2011). Schon jetzt steht fest, diese Ziele werden wohl verfehlt, wenn nicht mehr Unterstützung kommt.

Ende 2011 gab es schon fast eine Million E-Bikes/Pedelecs. In diesem Jahr werden wohl 300.000 neue dazukommen. Es entwickelt sich mit den elektrisch unterstützten Fahrrädern eine Attraktion in eine neue Richtung, die von der Verkehrswirtschaft mit ihrer Prägung durch den fossilen Verkehr nicht vorhergesehen wurde und die in ihrem Potential immer noch verkannt wird.

Forderung:

Die Regierung muss ein eindeutiges Signal für den Ausbau der Infrastruktur (Ladestationen etc.) geben. Sie muss verbindliche Ziele für die nächsten Jahre festlegen, zunächst für Ballungsgebiete und dann für Gesamtdeutschland, damit sich Industrie und Verbraucher darauf einstellen können.

12. Die Autoindustrie muss Reformbereitschaft zeigen

VW hat im vergangenen Jahr einen Gewinn von 16 Milliarden Euro eingefahren, das ist mehr als so mancher Ölproduzent verdient hat. Auch andere Autohersteller verdienen blendend. Doch wie lange noch? Der Autoabsatz wird dramatisch einbrechen, wenn die Spritpreise weiter so steigen sollten. Damit ist auch die Industrie gefährdet.

Forderung:

Autohersteller müssen sich gemeinsam mit Bund und Ländern an einen Tisch setzen und sich auf einheitliche Technologiestandards einigen, was für den Ausbau der E-Mobil/Hybrid-Infrastruktur ein absolutes Muss ist. Wünschenswert wäre auch eine freiwillige Selbsterklärung der Industrie, dass sie künftig einen großen Teil ihres Gewinns, z.B. 20 oder 50 Prozent, in die Entwicklung neuer Antriebstechnologien steckt, die ohne fossile Brennstoffe funktionieren.

Mitglieder der Großen Transformation

Prof. Dr. Gerhard Berz
Honorarprofessor für Meteorologie, LMU München,
ehemals Leiter GeoRisikoForschung

Josef Göppel, MdB
Umweltobmann der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Vorsitzender des CSU-Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung, Ansbach/Berlin

Dr. Martin Held
Studienleiter für Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung an der Evangelischen Akademie Tutzing

Dieter Janecek
Vorsitzender Die Grünen Bayern, München

Mattias Kiefer
Kirchlicher Umweltbeauftragter, München

Silvia Liebrich
Journalistin, Süddeutsche Zeitung, München

Richard Mergner
Landesbeauftragter Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Klaus Mertens
Wiss. Mitarbeiter beim Betriebsrat eines unterfränkischen Automobilzulieferers

Manfred Neun
Präsident European Cyclists' Federation, Brüssel/Memmingen

Jörg Schindler
Autor, ehemaliger Geschäftsführer
der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH

Priv-doz. Dr. Irmi Seidl
Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft

Prof. Dr. Hubert Weiger
Landesvorsitzender Bund Naturschutz in Bayern, Nürnberg und Bundesvorsitzender BUND, Berlin

Nähere Informationen unter: **www.transformateure.de**

IN EIGENER SACHE

ARD-Kommissar Andreas Hoppe und Jaqueline Roussety über „Allein unter Gurken“

Die Zeit für die Nahrungszubereitung kann heute auf ein Minimum beschränkt werden, alles ist überall und schnell verfügbar. Doch was bedeuten diese Entwicklungen für unsere Esskultur? Kann „Nonstop und immer alles auf einmal“ mit einem gesunden Essen in Einklang gebracht werden? Was sind die Vorteile, was die Nachteile? Diese Fragen diskutierten die rund 130 Teilnehmer am 19. und 20. September 2012 auf dem 16. Heidelberger Ernährungsforum, das in Kooperation mit der Zeitakademie des Tutzinger Projekts „Ökologie der Zeit“ stattfand.

Eine Bewegung, welche die Esskultur ganz bewusst entschleunigen möchte, ist die 1989 von Carlo Petrini gegründete internationale Organisation Slow Food. Unter dem Motto „Gut, sauber und fair“ steht die Lebensqualität im Vordergrund. Dabei hat Slow Food aber nicht nur das Essen im Blick, sondern alles, was das Essen beeinflusst: Die Produkte sollen nicht nur von guter Qualität, sondern auch frei von künstlichen Zusatzstoffen, nachhaltig und zu fairen Preisen erhältlich sein. Der Mensch soll nicht nur Verbraucher sein, sondern zum Ko-Produzenten werden, indem er bewusst eine Beziehung zu den Erzeugern und ihren Produkten aufbaut. Bewusstes Genießen im häufig von Zeitdruck bestimmten Alltag steht ebenso im Mittelpunkt wie Saisonalität und Regionalität.

Um Regionalität geht es auch bei *Andreas Hoppes* „abenteuerlichem Versuch, sich regional zu ernähren“, von dem der aus dem ARD-Tatort bekannte Schauspieler gemeinsam mit seiner Co-Autorin *Jaqueline Roussety* in dem Buch „Allein unter Gurken“ erzählt. Was anfänglich als unmöglich erschien, habe sich mit der Zeit als alltagstauglich erwiesen und wider Erwarten sogar Spaß gemacht. Für *Hoppe* war es ein Abenteuer im positiven Sinn – ein sinnliches Erlebnis in einem sonst sehr hektischen Alltag, das er jedem empfehlen könne.

Andreas Hoppe, ARD-Tatort-Kommissar und Autor von „Allein unter Gurken“ und die Co-Autorin des Buches, *Jacqueline Roussety*, gestalteten einen interessanten Abend mit Lesungen und Gesprächen im Musiksaal der Akademie.

Foto (li.): Mögele // Foto (re.): 1 Niedermaier / 2 Mrozek

Das erste „Frauenmahl“in der Akademie

Im Musiksaal: In Anlehnung an die Tischgespräche der männlichen Reformatoren trafen sich jetzt erstmals Frauen aus den unterschiedlichsten Wissensbereichen zum ersten „Tutzinger Frauenmahl“.

Beim ersten Tutzinger Frauenmahl trafen sich rund 60 Frauen aus Kirche und Diakonie, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft in der Evangelischen Akademie Tutzing. Im Rahmen der Lutherdekade wurde die Idee geboren, Frauen in Anlehnung wie in Abgrenzung zu den Tischgesprächen der männlichen Reformatoren in einer solchen abendlichen Runde zusammen zu bringen. Sechs Rednerinnen lieferten die Impulse für äußerst angeregte Gespräche über Geschlechtergerechtigkeit.

Dr. *Hannemor Keidel*, Vizepräsidentin an der TU München, betonte zwar, dass gegenüber ihren älteren Erfahrungen in der Wissenschaft die Unterstützung weiblicher Karrieren gute Fortschritte gemacht habe, dass aber den Frauen immer noch eine Menge abverlangt sei. Dass in allen Gesellschaftsbereichen und selbst in der so weiblich geprägten Diakonie die Führungsetagen weiterhin den Männern gehören, thematisierte *Birgit Löwe*. Als Vorstandsmitglied im Diakonischen Werk Bayern gehört sie zur weiblichen Minderheit, die nur zunehmen kann, wenn weiter über Vereinbarkeitslösungen nachgedacht wird.

Christine Scheel, Mitglied des Kuratoriums der Evangelischen Akademie Tutzing, forderte, die besondere Kompetenz von Frauen in Fragen der Nachhaltigkeit und Umweltsensibilität in Politik und Wirtschaft mehr zu nutzen. Ob sich dafür eher der "Netzwerk-Salat mit konkreter Maßnahmen-Vinaigrette" oder die "Gesetzesknödel", die Dr. *Karla Sichelschmidt*, Leiterin des Landeskirchenamts in Bayern, auf die Menükarte setzte, empfehlen, konnte noch nicht abschließend geklärt werden. Vermögensberaterin *Constanze Hintze* riet den Frauen in jedem Fall, nicht nur den Blick auf ihre Umgebung zu richten, sondern auch ganz konkret an sich selbst und ihre wirtschaftliche Zukunft zu denken, weil Frauenarmut im Alter ein weit unterschätztes Problem sei.

Prof. Dr. *Renate Jost* machte deutlich, dass ihr feministisch-theologischer Ansatz nicht nur ein fachimmanenter ist: Männlichkeitskonstruktionen in Religion und Glauben zu entlarven, heißt auch über mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Gesellschaft nachzudenken.

Staatsministerin Emilia Müller enthüllte Südafrika-Gedenktafel

Staatsministerin *Emilia Müller* mit *Udo Hahn* (r.), Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, und Dr. *Renier Koegelenberg* (l.), Direktor des EFSA-Instituts.

Die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller*, hat die langjährige Zusammenarbeit der Evangelischen Akademie Tutzing und des Institute for Theological & Interdisciplinary Research der Ecumenical Foundation of Southern Africa (EFSA) gewürdigt. In ihrem Grußwort anlässlich einer Konsultation der beiden Einrichtungen in der Evangelischen Akademie lobte die Staatsministerin deren Engagement aus christlicher Verantwortung für besseres Verstehen zwischen den Kulturen. Die dreitägige Veranstaltung stand unter dem Thema „Bayern und Südafrika: Zukunft gemeinsam gestalten – Herausforderungen junger Menschen heute“. Beide Institutionen gäben „wichtige Impulse“ für das Miteinander von Deutschen und Südafrikanern. Bei ihrem Besuch in der Evangelischen Akademie enthüllte die Staatsministerin eine Gedenktafel, die die partnerschaftlichen Beziehungen dokumentiert und mit den Worten „Toleranz und christliche Verantwortung sind die Voraussetzungen unserer Arbeit“ den gemeinsamen Auftrag formuliert.

Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, sagte, der vor einem Jahr geschlossene Partnerschaftsvertrag unterstreiche die Verantwortung füreinander. Die Zusammenarbeit mit dem EFSA-Institut werde intensiviert. Sie verstehe sich als fester Bestandteil der Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und der Provinz Westkap. „Beide Einrichtungen tragen dazu bei, eine plurale Gesellschaft durch Diskurs zu gestalten.“ EFSA-Direktor Dr. *Renier Koegelenberg* wies darauf hin, dass durch die Begegnung verschiedener Menschen und Gruppen das gegenseitige Verstehen gefördert, Probleme bewusst gemacht, aber auch Lernprozesse in Gang gesetzt werden sollen. „Wir leisten einen Beitrag zur Integration“, so *Koegelenberg*.

NACHRICHTEN AUS DEM FREUNDESKREIS

Unter der Moderation von KR Manuel Ritter (1. von links) zogen die Referenten in einer Podiumsdiskussion ihr Resümee und unterstrichen die Bedeutung der Kirchenmusik.

Reformation und Musik

Nach drei kulturwissenschaftlich, politisch und wirtschaftlich ausgerichteten Tagungen zur Thematik „Fremde Kulturen – Entwicklung nach europäischem Muster?“ und nach einer Literaturtagung über „Familienbande“ befasste sich der Freundeskreis auf seiner diesjährigen Sommertagung vom 7.-9. September 2012 mit einem eher kirchlich-religiösen Thema: „Reformation und Musik“.

Dieses Thema für die Sommertagung zu wählen, lag nahe, da innerhalb der Lutherdekade 2017 das diesjährige Spezialthema der Musik gewidmet ist und die Evangelische Akademie Tutzing einen idealen Tagungsort darstellt. Für den Vorsitzenden des Freundeskreises, Prof. Dr. *Hans-Joachim König*, bot sich deshalb die Gelegenheit, in der entsprechenden Steuerungsgruppe Kirchenmusik der Evangelisch Lutherischen Kirche Bayerns einen Kooperationspartner zu finden und kompetente Referenten zu rekrutieren.

Als Einführung und Einstimmung in das Tagungsthema diente Professor *König* u.a. Luthers Vorrede zum Geistlichen Chorgesang Büchlein von Johann Walter, Wittenberg 1524. Darin ist vieles von dem angesprochen, was das neue Medium Musik im Kontext des neu entdeckten Evangeliums ausmacht: Singen und Lieder als massenwirksames Kommunikationsmittel; Lieder und Töne als Verlebendigung der Bibeltexte; mehrstimmige Vokalmusik als Bildungsgut vor allem für die Jugend.

Deshalb war es naheliegend, dass sich zwei Vorträge mit Luther und seinen reformatorischen Anliegen und Anregungen für den Gottesdienst und die Verkündigung des Evangeliums befassten und zudem die Bedeutung der Musik, konkret seiner Lieder, behandelten. Prof. Dr. *Konrad Klek*, Theologe und Musikwissenschaftler, machte unter dem sprechenden Vortragstitel „Lied. Macht. Reformation.“ an verschiedenen Beispielen und durch gemeinsames Singen Luthers neuen Liedansatz deutlich. Demnach drängte das Evangelium als „Gute Botschaft“ geradezu zum Lied. Lieder sollten die Botschaft laut werden lassen. Luther konzipierte Text und Musik seiner Lieder so, dass sich in ihnen der Glaube als Affektvorgang widerspiegelte. Solche Lieder, von den damaligen Menschen oft als Protestlieder empfunden, wurden ein wichtiges Medium für die Festigung und Ausbreitung der Reformation. Welche nachhaltigen Impulse von Luther ausgingen, welche bleibenden Herausforderungen jedoch noch bestehen, breitete Prof. Dr. *Friedemann Hebart*, Theologe mit dem Schwerpunkt Liturgik und Dogmatik, in seinem Vortrag „Luther und die gottesdienstliche Gestaltung“ aus. Luther reinigt den Gottesdienst von den Elementen, die auf menschliche Leistungen abzielen. Für ihn ist Gottesdienst zu allererst Gottes Dienst an den Menschen, wobei die Kommunikationswege zwischen Gott und den Menschen allein in Jesus Christus, vor allem in den Worten Christi offen sind. Dabei ist das Wort im Wesentlichen das lebendige, das im Gottesdienst verkündigte Wort, wodurch die Predigt, d.h. die Auslegung von Gottes Wort, in besonderer Weise akzentuiert wurde. Für Luther ist auch das Abendmahl Wortgeschehen, dessen Feier als eigene Kommunikationsform Gottes bis heute eine Herausforderung darstellt.

Ein anderer Themenblock konzentrierte sich auf die Kirchenmusik, die Musik in der Kirche, die seit der Reformation im protestantischen Gottesdienst eine besondere Rolle einnimmt, um den theologischen Horizont zu erweitern. Zwei Vorträge befassten sich zum einen

Fotos: B. König

damit, wie sich die geistliche Musikkultur unter dem Einfluss reformatorischer Ideale entwickelte, und zum anderen damit, wie viel von den reformatorischen Musikidealen und Zielsetzungen noch erhalten ist, welche Bedeutung Kirchenmusik heute hat. In seinem Vortrag „Kirchenmusik lernt Sprechen" zeigte der Musikwissenschaftler und Musiker *Michael Wersin* M.A. an Hand von Beispielen, die er stimmgewaltig singend vortrug, die Musikentwicklung in Bezug auf das Verhältnis von Musik und Sprache/Text aus der Gregorianik, über die protestantischen Kantoren, die italienische Madrigalkultur bis zu Johann Sebastian Bach auf. Die geistliche Musik greift neue Ausdrucksmittel und Harmoniken auf, um Affekte zum Ausdruck zu bringen. Die musikalische Gestaltung verstärkt nicht nur den Text. In der Verschränkung von Inhalt und Form ist sie z.B. in Bachs Oratorien geradezu selbst Aussage, Musik spricht eben. Geistliche Musik wurde zum Bestandteil der europäischen Musikkultur und fand, soweit es sich um außerliturgische Musik handelte, auch jenseits der Gottesdienste statt.

Ob Kirchenmusik als angemessenen Ort den Raum der Kirche benötigt und wie viel an reformatorischem Elan in ihr noch erhalten ist, behandelte Pfr. *Christian Düfel*, Koordinator von Lutherdekade/Reformationsjubiläum 2017, in seinem Vortrag „Kirchenmusik: Glaubensquelle oder Kulturerlebnis?". Dadurch, dass Musik an sich Affinität zum Religiösen hat und ihr Spiritualität innewohnt, ist gut ausgeführte Kirchenmusik nach wie vor

Bei einem abendlichen Konzert verzauberte das Ensemble Movimento die Tagungsgäste.

ein wichtiger Bestandteil des Gottesdienstes. Auch konzertante Kirchenmusik vermag zum Glaubenserfolg beizutragen, so dass sie sowohl Kulturerlebnis als auch Glaubensquelle sein kann.

Das Thema „Reformation und Musik" war für eine Sommertagung in der Akademie Tutzing wie geschaffen: In der Rotunde wurden die Teilnehmer durch kompetente Referenten informiert; im Musiksaal brachte ihnen in einem Konzert unter dem Titel „Sola Gratia – Aus Gnad allein" das Ensemble Movimento mit Nele Gramß, Gesang, reformatorische Musik aus fünf Jahrhunderten nahe, und in der Schlosskapelle feierten sie am Sonntagmorgen mit Pfr. *Christian Düfel* als Liturg, Pfr. *Udo Hahn* als Prediger und Prof. *Klek* als Organist und Leiter eines Chors aus Tagungsteilnehmern einen Gottesdienst mit Predigt, Musik und Gemeindesingen, wie ihn sich Luther vorstellte.

Kirchenmusik ist nicht nur eine ästhetisch-kulturelle Bereicherung, sondern übt unmittelbare Wirkung auf das Glaubenserlebnis aus. Dies haben die Tagungsteilnehmer schon oft in ihrem Leben so empfunden, und dies wurde ihnen auf der Sommertagung des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Tutzing von wissenschaftlicher, theologischer und auch künstlerischer Seite nachhaltig bestätigt. Das strahlende Sommerwetter, das samtweiche Wasser des Starnberger Sees und die intensive Gemeinschaft und Geselligkeit waren im Übrigen dazu angetan, sie mit Luther zum lauten oder inneren Jubel zu bringen: „Nun freut euch, lieben Christen g'mein, und lasst uns fröhlich springen; dass wir getrost und all in ein mit Lust und Liebe singen".

Dr. *Brigitte König*
und Prof. Dr. *Hans-Joachim König*

Nachruf

Trauer um Siegfried Hännl

Foto: privat

Zahlreiche deutsche Presseorgane haben in ihren Nachrufen Biographie und berufliche Aktivitäten von Siegfried Hännl beschrieben. Sie haben den ehemaligen Mitarbeiter der Süddeutschen Zeitung als Chef des Bayernteils und Leiter des Ressorts Die Seite Drei sowie den langjährigen Chefredakteur des Fränkischen Tags als eine Persönlichkeit gewürdigt, die als Journalist Mittler und Vermittler zwischen Nachricht und Lesern war und sich als Menschenfreund in zahlreichen Ehrenämtern engagierte.

Siegfried Hännl war auch im Freundeskreis Evangelische Akademie Tutzing ehrenamtlich tätig, und wir haben ihn als Wissensvermittler und Menschenfreund sehr geschätzt.
Sei es als Mitglied im Leitungsteam des 1998 wiedergegründeten örtlichen Freundeskreises Bamberg, sei es als Teilnehmer auf den Leitertagungen oder als Mitglied im Konvent. Wir haben von seinen umfassenden Kenntnissen und der ihm eigenen Freundlichkeit und Offenheit immer profitiert.

Mit großer Bestürzung haben wir deshalb von seinem plötzlichen Tod am 4. Oktober 2012 erfahren. Wir trauern um ihn und sprechen seiner Familie unsere herzliche Anteilnahme aus.

Der Freundeskreis Evangelische Akademie Tutzing e.V. wird Siegfried Hännl ein ehrendes Andenken bewahren.

Prof. Dr. Hans-Joachim König
Vorsitzender des Freundeskreises Evangelische Akademie Tutzing e.V.

Veranstaltungs-kalender

(in Auswahl)

MEIN KIND IST BEHINDERT
16. – 18.11.2012 / Wartaweil
Familien, in denen ein Kind mit Behinderung aufwächst, stehen vor besonderen Herausforderungen. Die Tagung nimmt aus der Perspektive unterschiedlicher Familienformen und -konstellationen den Lebenslauf eines Kindes mit Behinderung in den Blick: von der Geburt über Schule, Sozialräume bis zum Erwachsenwerden.

FEHLER – SCHULD – VERANTWORTUNG
16. – 18.11.2012 / Rothenburg o.d.T.
Fehler passieren – in Pflege und Medizin oft mit gravierenden Folgen. Wir erwarten viel und überhöhen gern die „Götter in Weiß". Dann brechen wir den Stab über Schuldige, fragen nach Haftung und Verantwortung. Wie können wir heilsam kommunizieren, wenn Fehler passiert sind? **Medizin-Theologie-Symposion**

KOMPROMISS ALS TUGEND
23. – 25.11.2012 / Tutzing
Bei uns sind in Gruppen, Institutionen, Nationen pure Loyalitäten, hehre Ideale en vogue. Auch im Kanon der Moralistik gilt er als Zwitter, unlauter, heuchlerisch, verräterisch: der Kompromiss. Aber ermöglicht nicht erst der dritte, gemischte Standpunkt zivile Koexistenz? Mixtur als Tugend?

SEE ME!
30.11. – 2.12.2012 / Tutzing
Herausforderung Demenz: Sehen und gesehen werden; hören und gehört werden; spüren und berühren. Was bedeutet dies alles für demenzkranke Menschen? Was heißt das für uns (noch) nicht Betroffene? Der gemeinsame Blick auf Bedürfnisse, Herausforderungen und neue Erkenntnisse wird uns ermutigen.

VERÄNDERN ZUM GUTEN:
GENOSSENSCHAFTEN & MIKROFINANZIERUNG
7. – 9.12.2012 / Tutzing
Im Nord-Süd-Verhältnis sind Genossenschaft en bei der Mikrofinanzierung wichtige Mitspieler. Erzeuger-Verbraucherinnen- ebenso wie etwa Energie-Genossenschaft en blühen bei uns neu auf. Welchen Beitrag können Genossenschaft en für eine verantwortbare, nachhaltige Wirtschaft s- und Lebensweise bei uns leisten?

AUSGELEUCHTET UND DURCHLEUCHTET !?
10. – 11.12.2012 / Tutzing
Nichts bleibt mehr privat. Alles ist transparent. Vorbei ist alle Diskretion. Egal ob Bundespräsident oder einfacher Bürger – die Medien machen unser Leben für jeden einsehbar, besonders für Staat und Markt. Und wir, die User, geben freiwillig alles von uns preis. Widerstand zwecklos? Tutzinger Medien-Dialog

MEIN WEIHNACHTEN – MENSCHEN ERZÄHLEN
14. – 16.12.2012 / Tutzing
Vielen ist das Christentum fremd, aber seine Feste bereichern das Leben. Eine schöne Bescherung sind die mannigfaltigen Bräuche, Rituale und Formen des Christfests. Gott wird Mensch, wir mit ihm. Weihnachtsfeier, du selige, fröhliche. Wie vielfältig sie jedem was schenkt, wollen wir uns zeigen.

SULEIKA – BEGEGNUNG UND AUFBRUCH IM NEUJAHRSFEST
30.12. - 1.1.2013 / Tutzing
Die Persische Kultur – Inspirationsquelle des Abendlandes? Goethe attestiert Hafez (1320–1389) im west-östlichen Divan eine Übersicht des Weltwesens und auch die Romantiker erliegen der Faszination des Orients. Eine Annäherung an Nouruz, das persische Neujahrsfest und die Hoffnungen einer neuen Generation.

Impressum

Herausgeber:
Evangelische Akademie Tutzing
Direktor Udo Hahn
Schlossstr. 2+4, 82327 Tutzing
Redaktion:
Dr. Axel Schwanebeck (verantwortlich)
T.: 08158 / 251-112
F: 08158 / 99 64 22
schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de
Art Direktor:
Patrick Märki / Silke Streppelhoff
Verlag:
Evangelischer Presseverband für Bayern e.V.
Vorstand: Dr. Roland Gertz
Birkerstr. 22, 80636 München
Druck:
ulenspiegel druck gmbh
Birkenstraße 3, 82346 Andechs
T: 08157 / 99 75 9 – 0
F: 08157 / 99 75 9 – 22
Erscheinungsweise:
vierteljährlich
Die Tutzinger Blätter
erhalten Sie zu folgenden Konditionen:
Einzelheft: 3,00 Euro;
Jahresabonnement: 10,- Euro.
Konto-Verbindung: Kto.-Nr.: 10 30 531,
Blz.: 520 604 10,
bei:
Evangelische Kreditgenossenschaft eG, Kassel

www.ev-akademie-tutzing.de
www.facebook.com/EATutzing

Daumen hoch für die Evangelische Akademie Tutzing!

Seit dem Frühjahr dieses Jahres ist die Evangelische Akademie Tutzing auf Facebook präsent.
Im Laufe der nächsten Monate soll dieses Engagement auch auf andere Social Media Dienste ausgeweitet werden. Unter
www.facebook.com/EATutzing
sind Sie herzlich eingeladen, das Geschehen aktiv mitzuverfolgen.
Wir freuen uns auf Beiträge, Kommentare und interessierte Fans!

Andacht

Der Augenblick ist mein

Kunst hat etwas gemeinsam mit anderen Bereichen unseres Zusammenlebens. Ob in Kultur oder Politik, ob in den Wissen schaffenden Disziplinen oder in der Strukturierung unseres Zusammenlebens - immer begegnen wir einer teilweise verwirrenden Mischung von Vergangenheit und Zukunft. Motive, Deutungen und Traditionen einer Künstlerin sind seltsam vermengt mit ihren Appellen, Visionen und Wünschen. Wer ein Bild malt, eine Skulptur erschafft, ein Gedicht zu Papier bringt oder Musik komponiert, schöpft aus der Vergangenheit und will zugleich Gegenwart und Zukunft beeinflussen. Wir als Betrachter stehen vor einem Knäuel aus Motiven, die sich uns in den seltensten Fällen komplett erschließen. Kunst mag beruhigen - sie beunruhigt aber auch! Sie beunruhigt, weil wir im entwirren dieser Fäden des Verstehens zumeist alleingelassen sind. Der Maler ist nicht vor Ort, wenn wir ein Bild im Museum betrachten. Der Komponist mag längst verstorben sein, wenn wir sein Werk hören. Die Bildhauerin mag eben noch ihre Skulptur erklärt haben, doch schon sind unsere Gedanken andere Wege gegangen. Was wollte sie? Woraus schöpfte er? Was will er oder sie mir sagen?

Dieses Umherirren zwischen Vergangenheit und Zukunft sehnt sich nach Ruhe. Der barocke Dichter Andreas Gryphius zentriert uns mit folgenden Versen:

Mein sind die Jahre nicht,
die mir die Zeit genommen.
Mein sind die Jahre nicht,
die etwa mögen kommen.
Der Augenblick ist mein.
Und nehm´ ich den in Acht,
so ist der mein,
der Jahr und Ewigkeit gemacht.

Wir sind nicht der Aufgabe enthoben, in Kunst und Politik, in Wissenschaft und Kultur nach den Motiven und Traditionen zu fragen und gleichzeitig die Appelle und Visionen zu verstehen. Doch das Heil liegt darin nicht.

Was wollte diese Musikerin? Was sagt mir dieser Dichter? Darüber in Streit zu geraten ist keine Kunst! Und wenn wir es wirklich verstehen, ist es doch Vergangenheit. Mein sind die Jahre nicht, die mir die Zeit genommen.

Wozu fordert mich diese Skulptur auf? Was heißt es für uns, wenn wir die Botschaft dieser Novelle oder jenes Gedichtes ernst nehmen? Wozu will es uns anregen? Darüber in Streit zu geraten, ist ebenfalls keine Kunst! Und wenn wir uns verständigen, garantiert dieser Akt noch lange keine Zukunft. Mein sind die Jahre nicht, die etwa mögen kommen.

Im Moment des Hörens und Betrachten jedoch passiert etwas mit mir. Jetzt berührt mich etwas. Jetzt regt mich etwas an oder auf. Jetzt bringt mich etwas in Beziehung zu letzten Dingen. Vielleicht transzendiert ein Kunstwerk in diesem Augenblick meinen Alltag. Jetzt geschieht etwas, das unmittelbar Bedeutung hat. Der Augenblick ist mein

Was für mich gilt, betrifft die Menschen um mich herum ebenso. Wir machen in unserer Akademie täglich diese Erfahrung. Das Ringen um den Zusammenhang zwischen Vergangenem und Zukünftigem bestimmt unser Tagesgeschäft. Die Traditionen, die großen Errungenschaften und Werke vergangener Denker, die Werke großer Männer und Frauen mit ihren Ideen und Visionen sind für uns Geschichte. Wir nehmen sie wahr im Wissen um unsere Aufgabe an der Zukunft. Wir bringen Ideen und Menschen miteinander in den Dialog, um in diesem Strahl der Zeitkontinuität und ihren möglichen Sinn zu wahren. Verfügbar bleibt uns jedoch einzig der Augenblick. Was wir an Vergangenem wahrnehmen können wir nicht ändern. Was wir an Zukünftigem gestalten, können wir nur erhoffen. Verfügbar ist allein der Augenblick. Auf diesem jedoch liegt ein guter Geist.

Der Augenblick ist mein. Und nehm´ ich den in Acht, so ist der mein, der Jahr und Ewigkeit gemacht.

Für den Einzelnen war dies immer schon eine Quelle des Trostes. So sehr uns die Vergangenheit bedrücken mag, so sehr uns die Zukunft verunsichern mag, so gewiss können wir den Augenblick mit seinen Aufgaben und Beziehungen gestalten. Der Augenblick ist mein! Das ist Aufgabe und Gabe genug.

Für uns als Gemeinschaft muss dies nicht weniger tröstlich sein. In unseren Dialogen und Begegnungen dürfen wir um die Deutung der Vergangenheit ringen und um die Gestaltung der Zukunft streiten. Verfügbar, gestaltbar und damit einzig wirklich erlebbar ist der Augenblick. Auf ihm liegt aller Segen.

Pfr. *Frank Kittelberger*
Studienleiter Medizin-und Bioethik, Gesundheitspolitik,
Spiritual Care